

Eugen Gerstenmaier und die Bundesversammlung in Berlin 1969

Von Franz Möller

Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger hatte in seiner Regierungserklärung zu Beginn der Großen Koalition am 13. Dezember 1966¹ neue Ansätze in der Ost- und Deutschlandpolitik (»neue Ostpolitik«) verkündet. Sie zielten auf mehr Öffnung nach Osten und auf Erleichterungen im Verhältnis der beiden deutschen Staaten ab. Kiesinger erneuerte für die CDU/CSU- und SPD-Koalition das Angebot für ein Gewaltverzichtsabkommen mit den Staaten des Warschauer Paktes und erklärte sich gleichzeitig auch zur Zusammenarbeit mit den »Behörden im anderen Teil Deutschlands« bereit.² Er gab den Aspekten der Friedenserhaltung und der Entspannung³ eine besondere Note. Zwar erwähnte er den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung, zeigte sich aber zu mehr Annäherung an die Ostblockstaaten bereit. Mit Rumänien wurden diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die Aufnahme »solcher Kontakte (zu DDR-Behörden) bedeute jedoch keine Anerkennung eines zweiten deutschen Staates«.⁴ Dieser Versuch einer »geschickten Isolierungspolitik Kiesingers gegenüber der DDR«⁵ stieß jedoch rasch auf die entgegengesetzten Interessen der Sowjetunion, und auch der amerikanische Außenminister Dean Rusk warnte vor einer zu starken und zu schnellen Intensivierung der innerdeutschen Kontakte.⁶ Die Isolierung

1 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Sten. Ber. 5. WP, 13.12.1966, S. 3656–3665. Vgl. Kiesingers Rede zum Tag der deutschen Einheit am 17. Juni 1967 in: *Bulletin* des Presse- u. Informationsamtes der Bundesregierung v. 20.6.1967, S. 541ff.

2 Rudolf MORSEY, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, München 31995, S. 98f. Zur Entwicklung der Deutschlandfrage in der Großen Koalition vgl. Karl CARSTENS, *Erinnerungen und Erfahrungen*, hg. von Kai VON JENA/Reinhard SCHMOECKEL, Boppard 1993, S. 764ff.

3 Manfred GÖRTEMAKER, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – von der Gründung bis zur Gegenwart*, Frankfurt/M. 1999, S. 463.

4 Sten. Ber. (wie Anm. 1), S. 3664. Vgl. Daniela TASCHLER, *Vor neuen Herausforderungen. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition 1966–1969* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 132), Düsseldorf 2001, insbes. S. 117ff.

5 Dirk KROEGEL, *Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd 52), München 1997, S. 225ff.; Heinrich August WINKLER, *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Dritten Reich bis zur Wiedervereinigung*, Bd. 2, München 2000, S. 258ff.

6 D. TASCHLER (wie Anm. 4), S. 119.

der DDR schlug bald ins Gegenteil um: Moskau verschärfte erneut seine Propaganda gegen die Bundesrepublik und seine Angriffe gegen West-Berlin.⁷ Und die DDR schuf sich eine eigene Staatsbürgerschaft, grenzte sich mehr und mehr gegenüber der Bundesrepublik ab und forderte, die »politische Einheit West-Berlin solle ihr Verhältnis zur DDR normalisieren«.⁸ Ein Briefwechsel zwischen DDR-Ministerpräsident Willi Stoph und Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger brachte keinerlei Lockerung der Beziehungen – vielmehr bestand die SED auf förmlicher Anerkennung der Zwei- bzw. Drei-Staaten-Entwicklung, bevor sie über andere Fragen zu verhandeln gedenke.⁹ Auch innerhalb der Großen Koalition und besonders in der CDU/CSU-Fraktion kam es zu schweren Kontroversen um die Deutschlandpolitik.¹⁰ Noch ehe sie richtig begonnen hatte, war die »neue Ostpolitik« der Großen Koalition in einer Sackgasse gelandet, aus der sie bis 1969 nicht mehr herauskam.¹¹ Die Okkupation der Tschechoslowakei am 21. August 1968 durch sowjetische Truppen *unter Beteiligung der DDR* (Ende des Prager Frühlings) machte das Scheitern der Entspannungspolitik grausam deutlich.¹²

Das zeigte sich insbesondere im Vorfeld der Wahl eines neuen Bundespräsidenten, die nach der Erklärung von Heinrich Lübke über den Zeitpunkt seines vorzeitigen Rücktritts (30. Juni 1969) am 5. März 1969 stattfand.

Bundesversammlung 1969 wieder in Berlin?

Nach Artikel 54 Absatz 4 des Grundgesetzes wird die Bundesversammlung vom Präsidenten des Bundestages einberufen. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier hat bei der Frage nach dem richtigen Tagungsort für die Wahl des Bundespräsidenten nie einen Zweifel daran aufkommen lassen,¹³ dass er die 5. Bundesversammlung wieder nach Berlin einberufen werde, obwohl ihm

7 Vgl. V. BOLDYRJEV, *Völkerrechtliche Aspekte der Stellung Westberlins*, in: *Dokumentation der Zeit* (Ostberlin), 1969, Heft 1/2, S. 3–17; EBD. Heft 8/1969, »Die Bonner Westberlin-Provokation«, S. 11–22, ist die Tagung der Bundesversammlung noch einmal als »vorsätzlicher erster Anschlag auf den Status der selbständigen Einheit West-Berlin ... und als Attacke gegen den Frieden und die Sicherheit Europas« bezeichnet worden, S. 11.

8 D. KROEGEL (wie Anm. 5), S. 229 mit Hinweis auf die Karlsbader Deklaration v. 26.4.1967.

9 R. MORSEY (wie Anm. 2), S. 99.

10 Vgl. D. TASCHLER (wie Anm. 4), S. 119ff. u. 339ff.; Reinhard SCHMOECKEL, in: Reinhard SCHMOECKEL/Bruno KAISER: *Die vergessene Regierung*, Bonn 1991, S. 82ff.

11 M. GÖRTEMAKER (wie Anm. 3), S. 463.

12 Vgl. FAZ v. 22.8.1968.

13 In: ARD, *Monitor* v. 9.3.1968; *Frankfurter Rundschau* v. 9.3.1968 und *Berliner Morgenpost* v. 2.11.1968.

schon 1959¹⁴ und 1964¹⁵ von verschiedener Seite dringend abgeraten worden war, Berlin zum Tagungsort der Bundesversammlung zu machen. Auch 1968 waren deutliche Zeichen erkennbar, dass mit Hinweis auf mögliche Bedenken der alliierten Schutzmächte von Berlin abgeraten werde. Gerstenmaier wurde das Recht bestritten, allein über den Sitzungsort zu entscheiden. Dabei wollte er gar nicht selbstherrlich entscheiden, sondern genau wie 1964 wissen, welche Meinung die Fraktionen und insbesondere die westlichen Verbündeten zu dieser außenpolitisch schwierigen Frage hatten. Deshalb führte er viele Gespräche mit Diplomaten und wichtigen Vertretern der einzelnen Fraktionen. Das war nötig, weil die SED und die staatlichen Organe der DDR – mit Unterstützung des Kremls – bemüht waren, die Bundesversammlung in Berlin zu verhindern. Sie wollten »das völkerrechtswidrige Vorhaben« einer Amtshandlung der Bundesrepublik in Westberlin zu Fall bringen.¹⁶ Die Versuche der DDR wurden verstärkt als bekannt wurde, dass 22 Mitglieder der Bundesversammlung der NPD angehörten.

Diplomatische Bemühungen, Gerstenmaier vom Tagungsort Berlin abzubringen

Wie die inzwischen veröffentlichten »Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik von 1968 und 1969« erweisen, gab es auf diplomatischer Ebene in diesen Monaten auf Seiten der Bundesregierung und der westlichen Schutzmächte immer wieder Versuche, den Bundestagspräsidenten Gerstenmaier doch zu einem Verzicht auf Berlin als Tagungsort der Bundesversammlung zu bewegen. Das ging bis in den Februar 1969, als Gerstenmaier schon zurückgetreten und Kai-Uwe von Hassel am 8. Februar zum neuen Bundestagspräsidenten gewählt worden war. So befürchtete Ministerialdirektor Ruete

14 Heinrich KRONE, *Tagebücher, 1945–1961* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 28), Düsseldorf 1995, S. 364 mit Hinweis auf Auseinandersetzungen in der CDU/CSU-Fraktion und auf zögernde Haltung von Adenauer; »Westmächte gegen Wahl in Berlin« in: *Die Welt* v. 4.6.1959; »Bedenken gegen Wahl Berlins« in: *Neue Zürcher Zeitung* v. 7.6.1959; *FAZ* v. 12.6.1959; ferner Brief Adenauers an Außenminister von Brentano v. 15.6.1959 über eine längere Aussprache zwischen Gerstenmaier, Krone und Adenauer, in: Konrad ADENAUER, *Briefe 1957–1959* (Rhöndorfer Ausgabe), Paderborn 2000, S. 291. Gerstenmaier hielt 1959 (anscheinend) die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin für »politisch unrichtig«, wegen der Verunsicherung der Berliner bei Nichtabhaltung aber für gefährlich. Karl Carstens, der damals Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt war und diesen Brief Brentano in Genf überbrachte, berichtet in seinen »Erinnerungen« dazu nichts.

15 »Protest gegen Präsidentenwahl in Westberlin« in: *Stuttgarter Nachrichten* v. 27.6.1964; »Brandt verwahrt sich gegen östliche Proteste« in: *FAZ* v. 29.6.1964; »Gelassene Aufnahme der Sowjetnote in Bonn« in: *Neue Zürcher Zeitung* v. 29.6.1964:

16 Hubertus KNABE, *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*, Berlin 1999, S. 222, der auch über die Maßnahmen der DDR-Regierung berichtet. Vgl. Gerhard WETTIG, *Ost-Berlin im Schatten der Moskauer Deutschland-Politik*, in: *Außenpolitik* 26 (1969), S. 261–272 (269).

vom Auswärtigen Amt in Bonn in einer Aufzeichnung vom 6. November 1968 über einen ungestörten Verlauf von Berlin-Veranstaltungen, »dass die Bundesversammlung in der östlichen Propaganda jetzt mehr und mehr in den Vordergrund zu treten scheint«. ¹⁷ Bei einem Treffen mit dem US-Außenminister Dean Rusk während der NATO-Ministerratstagung in Brüssel erwähnte Bundesaußenminister Willy Brandt am 13. November 1968 ¹⁸ auch »die Frage der Bundesversammlung. Wir wüssten noch nicht den endgültigen Standpunkt der drei Schutzmächte. Die Franzosen ¹⁹ und Briten ²⁰ hätten uns ihre Besorgnisse bzw. ihren Ratschlag übermittelt, die Veranstaltung nicht in Berlin durchzuführen.« Außenminister Rusk stellte dazu fest: »Nachdem die drei letzten Bundesversammlungen in Berlin stattgefunden haben, sei die Verlegung der nächsten an einen anderen Ort problematisch. Gegenwärtig befänden wir uns in einer besonders schwierigen Periode des Verhältnisses zur Sowjetunion. Die Sowjets suchten überall nach Schwächemomenten des Westens. Von dort versuchten sie ihren Druck weiter zu verstärken. Wir sollten daher gerade in dieser Periode nicht nachgeben und Fehlkalkulationen auf sowjetischer Seite vorbeugen.«

Auf einer gemeinsamen Konferenz der vier Außenminister von Großbritannien, Frankreich, den USA und der Bundesrepublik am Tag darauf (14.11.1968) kam das Thema Bundesversammlung wieder in die Diskussion. ²¹ Der britische Außenminister Michael Stewart meinte, die Bundesversammlung sei eine Angelegenheit, »in der wir [die Deutschen] selbst entscheiden müssten. Falls man die britische Regierung frage, so halte sie es nicht für klug, in der gegenwärtigen Lage die Bundesversammlung in Berlin abzuhalten.« Der französische Außenminister Debré war besorgt, dass die NPD-Teilnahme als Provokation aufgefasst würde. Dean Rusk blieb jedoch bei seiner Meinung vom Vortag: »Was die Bundesversammlung angehe, so würden die USA über eine Änderung der bisherigen Übung besorgt sein. ... Die Amerikaner wünschten zwar, dass Berlin, nicht aber dass die NPD verteidigt werde.«

Das hat wohl Eindruck bei den Beamten des Auswärtigen Amtes gemacht: Einige Tage später ²² hielt Ministerialdirektor Ruete fest: »Die Verbündeten

17 *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1968* (AAPD), hg. v. Hans-Peter SCHWARZ, München 1999, Bd. II, Dok. 365, S. 1428; vgl. »Kampagne gegen die Bundespräsidentenwahl« – aus westdeutscher Sicht, in: *Deutschland Archiv* 2 (1969), S. 297–316.

18 Aufzeichnung von Ruete, AAPD, 1968, Dok. 372 v. 13.11.1968, S. 1456.

19 AAPD, 1968, Dok. 350 und 354.

20 AAPD, 1968, Dok. 372, Anm. 9 mit Hinweis auf ein Gespräch mit dem britischen Botschafter v. 13.11.1968, der Sorge wegen der Teilnahme von NPD-Vertretern geäußert hatte.

21 AAPD, 1968, Dok. 377, Aufzeichnung v. Ruete v. 16.11.1968, S. 1468, 1470f.

22 AAPD, 1968, Dok. 394, Aufzeichnung v. Ruete v. 28.11.1968, S. 1525.

sind geneigt, die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin als eine politische Tradition und als Bestandteil des Status quo zu betrachten.«

Am 15. Dezember 1968 informierte aber der deutsche Gesandte Oncken in Washington per Fernschreiben Bundesaußenminister Willy Brandt über »deutsche Versuche, auf die amerikanische Position zur Bundesversammlung in Berlin Einfluss zu nehmen. ... Etwa am 5. Dezember 1968 hätten sich die Herren Schulze-Gaevernitz (amerikanischer Staatsbürger, früher Mitarbeiter von Allen Dulles) und Bundesrichter von Schlabrendorff von Tegernsee aus mit Kissinger, ihm und McCloy fernmündlich in Verbindung gesetzt und Bedenken gegen die Bundesversammlung in Berlin zum Ausdruck gebracht. Kissinger und er hätten sich bei diesen Gesprächen rezeptiv verhalten. Über die Reaktion von McCloy sei nichts bekannt. ... Die großzügige Geste eines Verzichts auf Berlin als Ort der Bundesversammlung würde zur Entspannung beitragen.«²³ Es ist nicht aufzuklären, ob es eine solche Intervention aus Deutschland mit Hinweis auf Bundestagspräsident Gerstenmaier von dem aus dem Widerstand gegen die Nazis befreundeten ehemaligen Bundesverfassungsrichter Fabian von Schlabrendorff gegeben hat. So wie ich damals Herrn von Schlabrendorff kennen gelernt habe, hat er sicher nicht den Sowjets nachgeben und die erklärte Absicht von Gerstenmaier unterlaufen wollen, die Bundesversammlung nach Berlin einzuberufen. Jedenfalls blieb auch die neue amerikanische Regierung bei der festen Linie für Berlin. Kissinger soll intern den Standpunkt vertreten haben, »dass man in Berlin in dieser Frage einer klaren festen Linie folgen müsse«.

Aber Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger hatte offensichtlich immer noch Bedenken wegen Berlin als Tagungsort der Bundesversammlung. Als Bundesvorsitzender der CDU hatte er schon – angesichts von Schikanen der DDR auf den Transitstraßen – gezögert, den CDU-Bundesparteitag nach Berlin einzuberufen und dort abzuhalten.²⁴ Erst nach vorsichtigen und vertraulichen Sondierungsgesprächen von Generalsekretär Bruno Heck mit Vertretern der alliierten Schutzmächte entschied er sich für Berlin als Tagungsort für den Parteitag, der trotz Störung durch Kriegsflugzeuge der UdSSR abgehalten werden konnte. Nach diesen Erfahrungen und um die Sowjetunion in der ange-

23 AAPD, 1968, Dok. 413 v. 15.12., S. 1599.

24 Vgl. D. KROEGEL (wie Anm. 5), S. 285f.; Ottfried HENNIG, *Die Bundespräsenz in Westberlin* (Bibliothek Wissenschaft und Politik, Bd. 16), Köln 1975, S. 81. Schon im Sommer 1968 (17.7.1968) hatte der amerikanische Botschafter in Bonn, Henry Cabot Lodge, in vorsichtigen Wendungen die Frage gestellt, ob es »notwendig sei, in diesem Herbst zwei Bundestagswochen in Berlin abzuhalten«. Eugen Gerstenmaier verlegte jedenfalls die für den 23. bis 27. September 1968 in Berlin vorgesehene Sitzungswoche nach Bonn (AAPD 1968, Dok. 222, Aufzeichnung Staatssekretär Duckwitz, S. 873, Anm. 5). – Eugen Gerstenmaier schildert zurückhaltend seinen Beitrag zur »Berlin-Frage« in seinem Lebensbericht: *Streit und Frieden hat seine Zeit*, Frankfurt 1981, S. 392–395.

spannten Lage nach den Prager Ereignissen nicht zu provozieren, wollte der Bundeskanzler sich dafür einsetzen, die Bundesversammlung nicht in Berlin stattfinden zu lassen. Man müsse sich eine elegante Begründung für eine Verlegung einfallen lassen.²⁵ Über ein Gespräch mit Außenminister Rusk vom 2. Dezember 1968 hat er festgehalten²⁶: »Ich äußerte meine Sorgen und fragte den Außenminister, ob die Amerikaner wirklich so nachdrücklich dazu rieten, die Bundesversammlung in Berlin zu halten. Er sagte, so sei es auch wieder nicht. Man könne es auf die Formel halb und halb bringen. Ich bat ihn, das Problem noch einmal genau zu überdenken.«

Die Franzosen hielten sich erkennbar zurück: Am 10. Dezember 1968 notierte Willy Brandt über ein Gespräch mit Außenminister Michel Debré: »Er konnte nichts Endgültiges über den Tagungsort Berlin sagen, habe aber nicht den Eindruck, dass die Sowjetunion in dieser Frage bei der französischen Regierung besondere Schritte unternommen hätte.«²⁷

In der westdeutschen Presse wurden ebenfalls Vorbehalte und Sorgen um den Tagungsort Berlin fleißig geschürt. Von Herbst 1968 bis nach der Bundesversammlung am 5. März 1969 überschlugen sich verschiedene Organe mit Meldungen und Schlagzeilen, die vor Berlin warnen wollten. Auch die in Opposition befindliche FDP erklärte sich gegen Berlin als Tagungsort.²⁸

Die sowjetische Regierung versuchte immer weiter, Bonn von der Bundesversammlung in Berlin abzubringen. Der damalige Ideengeber von Bundesaußenminister Willy Brandt, Ministerialdirektor Egon Bahr, hielt in einer Aufzeichnung über ein Gespräch mit dem sowjetischen Diplomaten Bondarenko vom 16. Dezember 1968, die Brandt vorgelegt wurde, fest: »Das Gespräch verschärfte und verhärtete sich als das Thema der Bundesversammlung in Berlin erwähnt wurde, nachdem ich als persönliche Erwartung den Ort Berlin genannt hatte. Bondarenko betonte mehrfach, er habe keinen Auftrag, Vorstellungen zu äußern, steigerte sich aber von Runde zu Runde. ... Die Bundesversammlung würde die ureigenen Interessen der Sowjetunion ebenso wie die der Mitglieder des sozialistischen Lagers berühren. ... Dieser Gesprächsteil hat fast eine dreiviertel Stunde gedauert. Ich habe mit wachsender Härte unsere

25 Vgl. D. TASCHLER (wie Anm. 4), S. 320.

26 AAPD, 1968, Dok. 399, Aufzeichnung Kiesingers.

27 AAPD, 1968, Dok. 405 v. 10.12., S. 1568.

28 »FDP befürchtet Reaktionen Moskaus« in: *Süddeutsche Zeitung* v. 6.11.1968. Einige Tage später sahen die Freien Demokraten »keinen sachlichen Anlass, die Wahl des nächsten Bundespräsidenten nicht in West-Berlin vorzunehmen«. Walter Scheel, damals FDP-Bundesvorsitzender, in: *FAZ* v. 25.11.1968. Schlagzeilen der Presse vom 23.10.1968 bis 7.3.1969 sind aufgeführt in: *Die Bundesversammlungen von 1949 bis 1979. Eine Dokumentation aus Anlass der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1984*, hg. v. Deutschen Bundestag, S. 171ff.

Auffassung zu Berlin vertreten und davon gesprochen, dass eine derartige heftige Reaktion ... für mich eine wirkliche Überraschung sei.«²⁹

Gerstenmaier wusste über diese diplomatischen Aktivitäten im Hintergrund offensichtlich Bescheid, war aber nicht im einzelnen informiert. Er ahnte insbesondere die ambivalente Meinung von Bundeskanzler Kiesinger. Am 14. November 1968 hatte er Bundespräsident Lübke auf dessen Wunsch aufgesucht und ihm »über die Gespräche und Anhörungen, insbesondere zum Ort der Bundesversammlung« berichtet, die aber noch nicht abgeschlossen seien, zumal er noch nicht mit dem Bundeskanzler habe sprechen können. Lübke bat Gerstenmaier, den Termin so festzulegen, dass »die Bundesversammlung nicht stattfände vor oder während der von ihm für Februar 1969 beabsichtigten Afrika-Reise«.³⁰ Gerstenmaier machte deutlich, dass es wohl auf einen Termin in der ersten März-Hälfte hinauslaufe.

Parlamentsinterne Abstimmung am 5. Dezember 1968

Um Klarheit über die deutsche Haltung, insbesondere der Bundesregierung zu bekommen, lud Gerstenmaier auf Bitten des Vorsitzenden des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Egon Franke (SPD), für den 5. Dezember 1968 zu einem Gespräch ein, an dem ich teilgenommen und darüber eine Aufzeichnung gemacht habe. Weil die Überlegungen der einzelnen Teilnehmer an dieser entscheidenden Beratung für die Zeitgeschichtsforschung von Bedeutung sein können, soll der Text der Aufzeichnung hier wiedergegeben werden, soweit er den Tagungsort betrifft:³¹

A u f z e i c h n u n g

über ein Gespräch, das der Herr Bundestagspräsident mit Vertretern der Fraktionen und politischen Parteien am 5. Dezember in seinem Amtshaus führte

Thema: Ort und Zeitpunkt der Bundesversammlung

Der Herr Bundestagspräsident hatte zur Vorbereitung seiner Entscheidung über den Ort und den Zeitpunkt der Bundesversammlung auf Bitten des Vorsitzenden des gesamtdeutschen Ausschusses verschiedene Vertreter des Gesamtdeutschen und des Auswärtigen Ausschusses, die zuständigen Bundesminister und weitere Persönlichkeiten zu einer Besprechung ins Amtshaus gebeten. Daran nahmen teil:

Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier,
 Bundesaußenminister Brandt,
 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner, MdB,
 Bundestagsvizepräsident Dr. Jaeger, MdB,

²⁹ AAPD, 1968, Dok. 417 v. 17.12.

³⁰ Aufzeichnung Gerstenmaier v. 14.11.1968, in meinem Besitz.

³¹ NL Gerstenmaier im ACDP I-210-037. Die Aufzeichnung war von mir zunächst als »geheim« eingestuft; sie ist später von Gerstenmaier freigegeben worden.

der Regierende Bürgermeister von Berlin Schütz,
der Vorsitzende des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Franke
(Hannover), MdB,
der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Dr. Kopf, MdB,
Bundesminister a.D. Dr. Gradl, MdB,
der Vorsitzende der FDP-Fraktion Mischnick, MdB,
der stellv. Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dr. Müller-Hermann, MdB,
Staatssekretär a.D. von Eckardt, MdB,
H. Bauer (Wasserburg) (CSU), MdB,
H. Mattick (SPD), MdB,
der Direktor des Deutschen Bundestages Trossmann,
Regierungsdirektor Dr. Möller.

I. Ort der Bundesversammlung

Zu Beginn des Gesprächs berichtet Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier über die steigende Anzahl von Eingaben aus der Bevölkerung zum Ort der Bundesversammlung und über die Berichte in der Presse zu diesem Thema. Der weitaus überwiegende Teil der Briefe, die im Präsidialbüro dazu eingingen, spreche sich gegen Berlin als Ort der Bundesversammlung aus. Er habe sich bislang immer für Berlin ausgesprochen. Ein ihm soeben vorgelegter Bericht des Bundesnachrichtendienstes bestärke ihn in dieser Entscheidung. Die Entscheidung für Berlin werde aber erschwert, weil von Seiten Großbritanniens inoffiziell Bedenken geäußert worden seien. Zwar habe sich die bisherige Administration der USA nicht gegen Berlin ausgesprochen, es müsse aber die Haltung der neuen Administration abgewartet werden. Er habe Informationen erhalten, nach denen die Nixon-Administration möglicherweise kritisch zu dieser Frage stehe. Solange er eine verlässliche Information namhafter Vertreter der kommenden Administration nicht erhalten habe, müsse er die Entscheidung zurückstellen, die er an sich in der kommenden Woche im Bundestag habe verkünden wollen.

Bundesaußenminister Brandt

macht darauf aufmerksam, dass in den letzten Jahren stets eine Statusminderung Berlins habe registriert werden müssen. Für die Bundesversammlung gälten aber besondere Bestimmungen. Nach seiner Auffassung sei die Bundesversammlung das einzige Bundesorgan, in dem die Berliner Abgeordneten volles Stimmrecht hätten. Er habe sich als Regierender Bürgermeister stets für Berlin als Sitz der Bundesversammlung ausgesprochen. Davon habe er jetzt nichts zurückzunehmen. Die sowjetische Führung sei nicht an einer Verstärkung einer Krise interessiert. Jedoch könne er diese Aussage nur unter Vorbehalt tun. In Brüssel hätten die westlichen Außenminister ernste Bedenken erhoben insbesondere wegen der Teilnahme von NPD-Vertretern. Daraus sei aber kein Veto entstanden. Rusk sei später den in Brüssel geäußerten Bedenken entgegengetreten und habe dabei auch für die Große Koalition in Washington gesprochen. Aber auch Rusk habe gewisse Bedenken wegen der NPD nicht beiseite schieben können. Das State Department habe dagegen später übermitteln lassen, die USA könnten nicht verstehen, wenn man sich nicht für Berlin entscheiden würde.

Bundesaußenminister Brandt berichtet weiter von dem Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs im BMVtdg. in den USA, dem gegenüber der amerikanische Verteidi-

gungsminister Clifford die Hoffnung ausgedrückt habe, die allgemeine politische Situation lasse die Wahl in Berlin zu. Wenn der BND-Bericht zutreffe, den der Bundestagspräsident verlesen habe, spreche alles dafür, die Entscheidung für Berlin vor dem 20. Januar 1969 bekannt zu geben.

Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner macht pflichtgemäß auf Bedenken aufmerksam, weil durch die Teilnahme der NPD-Vertreter der Vorwand für direkte Behinderungen seitens der Machthaber Pankows gegeben sei. Außerdem könne die Tagung in Berlin ein nachträglicher Berufungsgrund für Maßnahmen gegen Berlin sein: Umkehrung der Berliner Blockade (Kontrolle der Lieferungen aus Berlin), Verschärfung der Visum-Frage etc.

Abg. Dr. Müller-Hermann betont, wenn jetzt auf eine Sitzung in Berlin verzichtet werde, müsse das faktische und psychologische Rückwirkungen haben. Aber gewisse Risiken seien nicht übersehbar. Deshalb müsse enge Verbindung mit den Schutzmächten gehalten werden. Er glaube nicht, dass die UdSSR es soweit treiben werde, dass es zu Schwierigkeiten mit der neuen Administration in den USA komme. Sein Vorschlag sei, die Bundesversammlung nach der alphabetischen Reihenfolge der deutschen Landeshauptstädte einzuberufen. Dann sei im nächsten Jahr zunächst Berlin an der Reihe. An Berlin müsse auf jeden Fall festgehalten werden.

Dr. Gradl, MdB ist der Auffassung, dass man einer Krise nicht deshalb entgehe, wenn man auf Berlin verzichte. Je länger man jedoch mit der Entscheidung warten würde, desto unsicherer könnten die Alliierten werden. Es sei deshalb äußerst wesentlich, sich schnell für Berlin zu entscheiden. Er glaube nicht daran, dass die Russen einen Gesichtverlust erleiden würden, wenn sie keine ›Maßnahmen‹ gegen Berlin ergreifen. Dr. Gradl gab den Rat: ›Schnell entscheiden, Berlin wählen!‹

Abg. Dr. Kopf spricht sich gegen Berlin als Sitz der Bundesversammlung aus. Zwar sei kein großer Konflikt mit Russland zu erwarten, wohl auch kein durchgreifendes Veto der Alliierten. Aber die Risiken, die in einer Entscheidung für Berlin lägen, müssten respektiert werden: Dauernde Behinderung für Berlin-Verkehr mit dauernder Schädigung des Status Berlin und der Lage der Bevölkerung. Der Riss mit Berlin würde unverkennbar größer werden. Deshalb sein Rat: Wahl nicht in Berlin.

Abg. Mattick stellt zunächst die Frage, was damals der aktuelle Anlass des Visumzwanges gewesen sei. Er komme zu dem Ergebnis, dass kein gravierender Anlass vorgelegen habe. Wenn die SBZ den Verkehr von und nach Berlin behindern wolle, tut sie es so oder so – auch ohne Anlass. Wenn der Bundestagspräsident sich jetzt nicht für Berlin entscheide, dann hätten die Berliner das Gefühl des Verlassenseins. Die große Mehrheit der Berliner würde Verständnis auch für evtl. Risiken aufbringen. Wenn jetzt nachgegeben werde, würden die Russen unverkennbar nachstoßen. Er spricht sich für Berlin aus.

Abg. von Eckardt

äußert Zweifel, ob eine Entscheidung für Berlin richtig ist. Es müsse gefragt werden, ob die USA eine Entscheidung für Berlin als eine Behinderung des Dialogs mit Moskau betrachten könnten. Deshalb solle schnell mit den außenpolitischen Vertrauten des designierten Präsidenten Nixon Kontakt aufgenommen werden. Er sei zwar grundsätzlich für Berlin als Ort der Bundesversammlung, könne aber die Bedenken nicht übersehen.

Abg. Mischnick,

der Vorsitzende der FDP-Fraktion, zeigt sich überrascht über die Mitteilung des Herrn Bundestagspräsidenten über mögliche Bedenken der neuen amerikanischen Administration. Dennoch sollten auch Risiken in Kauf genommen werden. Pankow werde so oder so Behinderungen des Berlin-Verkehrs erfinden und durchsetzen können. Er spricht sich eindeutig für Berlin aus. Eine schnelle Entscheidung über Zeit und Ort sei leichter.

Abg. Bauer (Wasserburg)

schließt sich der Argumentation und dem Vorschlag von Abg. Mischnick völlig an. Auch er ist der Meinung, dass eine Entscheidung für Berlin nur ein Anlass für Behinderungen sei, die die Machthaber in Pankow auch so verhängen könnten. Er gibt den Rat, die Entscheidung für Berlin noch im Dezember bekannt zu geben.

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier

erwidert darauf, er habe ursprünglich die Entscheidung für Berlin im Plenum des Bundestages bekannt geben wollen in der kommenden Woche. Er hoffe trotz der Bedenken, über die er berichtet habe, den Termin noch einhalten zu können.

Bundestagsvizepräsident Dr. Jaeger

hält den Gedanken, abwechselnd in den Hauptstädten der deutschen Bundesländer reihum zu wählen, für recht gut. Aber das Volk werde dann skeptisch äußern, jetzt habe sich der Bundestagspräsident ja eine schöne Lösung ausgedacht. Bei der bevorstehenden Wahl des Bundespräsidenten komme man aber an Berlin nicht vorbei. Berlin sei verfassungsrechtlich ein Teil der Bundesrepublik. Wenn jetzt nicht in Berlin gewählt werde, sei das eine selbstverschuldete Statusminderung. Die Machthaber in Pankow würden auch andere Anlässe für Behinderungen finden. Eine schnelle Entscheidung sei zur Vermeidung weiterer Pressepolemiken dringend anzuraten.

Abg. Franke

bedauert, dass die Überlegungen über den Ort der Bundesversammlung so spät angestellt worden seien. Wenn jetzt gegen Berlin entschieden werde, werde die Lage katastrophal. Der Status Berlins sei auch dadurch bestimmt, da es keine berechenbare Reaktion der Russen gäbe. Je früher die Entscheidung für Berlin falle, desto besser.

Regierender Bürgermeister Schütz

bestätigt, dass der Bundestagspräsident vor einer schwierigen Entscheidung stehe, aber er könne gar nicht anders, als Berlin zu wählen. Für einen deutschen Bundestagspräsidenten gebe es keine andere Entscheidung, Wer sich in den vergangenen Berlinkrisen 1948, 51 und auch 59 für Berlin entscheiden habe, könne nicht heute entgegengesetzt votieren. Die Frage, ob heute neue oder andere Momente als 1959 gegeben seien, könne er nur negativ beantworten. Er habe davon nichts gemerkt. Die Geschäftsgrundlage

für Berlin habe sich nicht geändert. Deshalb sein Rat: Eine möglichst schnelle Entscheidung für Berlin.

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier

nimmt die Bemerkung vom Regierenden Bürgermeister Schütz auf und betont, dass er sich gegen Berlin werde aussprechen müssen, wenn die Alliierten ernsthafte Bedenken vorbringen würden. Aus den Äußerungen der Gesprächsteilnehmer komme er jetzt zu folgendem Resultat:

9 Stimmen für Berlin (ohne Bedingungen)

2 Stimmen für Berlin, aber mit Vorbehalten (Wehner und Eckardt)

1 Stimme gegen Berlin (Dr. Kopf).

Weitere Attacken gegen Berlin als Tagungsort nach der Entscheidung Gerstenmaiers

Nach dieser Erörterung am 5. Dezember 1968 legte Gerstenmaier gegenüber dem Bundestag und der Presse den Termin und den Tagungsort fest: *5. März 1969 in Berlin*.³² In einem ergänzenden Interview³³ mit der Deutschen Welle erläuterte er am 10. Dezember 1968 die Entscheidung für Berlin: »Hier stand die Glaubwürdigkeit der deutschen Politik zur Probe, und diese Probe musste bestanden werden. Diese Entscheidung hat also einige Fehlentscheidungen und falsche Kalkulationen beseitigt, und die Entscheidung hat anderen geholfen zu erkennen, für wie wichtig es die deutsche Politik hält, dass die Bindungen Berlins an das Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem des freien Deutschland so erhalten bleiben, wie wir sie über die Jahre hin entwickelt haben.«

Zum Hauptmotiv für die Wahl verwies er auf die bisherige Praxis der Bundesversammlung in Berlin in den Jahren 1954, 1959 und 1964: »Die Frage für mich stellte sich also so: Warum nun eigentlich dieses Mal ausgerechnet nicht? Und da fand ich kein hinreichendes und durchschlagendes Argument.« Eugen Gerstenmaier betonte, die »Schutzmächte nicht konsultiert« zu haben, weil »das Grundgesetz dem Bundestagspräsidenten die Verantwortung allein auferlegt« habe. Die Schutzmächte hätten »Bedenken erheben können, Einspruch geltend machen können, wenn sie das gewollt hätten. Sie haben es nicht getan!« Einsprüche gab es nicht; hinter dem diplomatischen Vorhang wurden

32 *Dokumente zur Deutschlandpolitik V/2*, S. 1618. *Bundesversammlung Berlin 1969 – Eine Dokumentation*, zusammengestellt von der Wissenschaftlichen Abteilung/Pressedokumentation des Bundestages, enthält 82 Dokumente: Das US-State-Department erklärte am 14.12.1969 zur Bundesversammlung: »Die Wahl des Tagungsortes bleibt deutschen Stellen überlassen.«

33 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Kommentarübersicht Nr. 212 v. 20.12.1968, Anhang.

aber *Vorbehalte gegen den Tagungsort Berlin* aufrechterhalten: Die sowjetische Regierung versuchte in der Folgezeit weiterhin die Sitzung in Berlin zu verhindern bzw. die Bundesregierung für die Folgen verantwortlich zu machen. Die britische Regierung hielt die Entscheidung Gerstenmaiers erneut für »unglücklich«.

Am 24. Dezember 1968 unterrichteten sich die Botschafter der USA, Großbritanniens und Frankreichs, dass sie in Moskau am 23. Dezember 1968 »einzeln in das sowjetische Außenministerium gebeten worden seien, um dort eine mündliche Protesterklärung gegen die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin entgegenzunehmen«. ³⁴ Zwar glaubte das Auswärtige Amt in Bonn, dass »die Sowjetunion einen harten Kurs gegen die Bundesversammlung vermeiden wolle«, es musste aber zur Kenntnis nehmen, dass die sowjetische Regierung die Bundesversammlung in Berlin »als illegale Aktivität betrachtete, die die Sicherheit des Zugangs in Frage stelle«. ³⁵ Die Entscheidung von Gerstenmaier »sei für die sowjetische Seite von bemerkenswerter Deutlichkeit, und die sich daraus ergebenden Folgen werde die Bundesregierung allein zu tragen haben«, wie es der stellvertretende Außenminister der UdSSR Semjonow dem deutschen Botschafter in Moskau am 3. Januar 1969 angekündigt hatte. ³⁶ Auch der britische Außenminister Michael Stewart »äußerte starke Besorgnisse über die Folgen der Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin. Er hielt den Entschluss des Bundestagspräsidenten für unglücklich. Hier sei ohne Not den Russen willkommener Sprengstoff geliefert worden, über dessen Gefährlichkeit wir uns ... noch kein Bild machen könnten.« ³⁷

Diese Äußerungen aus sowjetischer und britischer Sicht haben »dem Auswärtigen Amt Veranlassung gegeben, den Beschluss des Bundestagspräsidenten zu überdenken«. Obwohl die amerikanische Regierung sich schon öffentlich erklärt hatte, ³⁸ gab Staatssekretär Duckwitz in einem »streng geheimen Fernschreiben« dem deutschen Botschafter in Washington die Weisung, mit der neuen amerikanischen Regierung zu klären, ob die Amerikaner bereit seien, den »Russen zu erklären, dass sie bereit seien, auf die Bundesregierung einzuwirken, von der Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin abzusehen.« Als Ansprechpartner für diese Überlegungen wurde Prof. Kissinger empfohlen, »von dem angenommen wird, dass er kein Befürworter der Abhaltung

34 AAPD, 1968, Dok. 427 v. 24.12., S. 1646.

35 AAPD, 1969, München 2000, Dok. 16, Anm. 8.

36 Fernschreiben der deutschen Botschaft in Moskau an Außenminister Brandt v. 5.1.1969, AAPD, 1969, Dok. 2, S. 69.

37 Aufzeichnung Staatssekretär Duckwitz v. 20.1.1969, AAPD, 1969, Dok. 25, S. 96f.

38 R. Morsey (wie Anm. 2) S. 99

der Bundesversammlung in Berlin ist, wenn er sich auch öffentlich anders ausgesprochen hat.«³⁹

Wie brisant die Frage des Tagungsortes inzwischen geworden war, kam auch in einer Warnung des sowjetischen Botschafters in Ostberlin, Abrassimow, in einem Gespräch am 31. Dezember 1969 mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz, der für Berlin votiert hatte,⁴⁰ zum Ausdruck: »Die UdSSR sei niemals damit einverstanden gewesen, dass die Bundesversammlung in Berlin abgehalten würde. Ihre Langmut sei einmal zu Ende, und er müsse auf die ernststen Folgen hinweisen, die sich für die Bevölkerung der Stadt ergeben könnten, wenn jetzt die Bundesversammlung in Berlin abgehalten würde.«⁴¹

Bei einem Besuch des sowjetischen Botschafters Zarapkin bei Bundesaußenminister Brandt auf der Bühlerhöhe am 6. Februar 1969 konnte Willy Brandt ihm »allerdings heute nicht in Aussicht stellen, dass die vom Bundestagspräsidenten seinerzeit getroffene Entscheidung wegen der Präsidentschaftswahl geändert werde.«⁴² Diese Klarstellung war sicherlich realistisch. Eugen Gerstenmaier war zu diesem Zeitpunkt zwar schon zurückgetreten, er hatte aber – trotz seiner persönlichen Probleme wegen der Wiedergutmachung und der dadurch öffentlich erzwungenen Rücktrittserklärung – die Entscheidung für den 5. März 1969 mit Tagungsort Berlin so festgezurrert, dass eine Umkehr für seinen Nachfolger nicht mehr möglich wurde.

Passierschein-Abkommen als Tausch für die Verlegung des Tagungsortes der Bundesversammlung?

Nach der Entscheidung Gerstenmaiers für Berlin bot die DDR am 21. Februar 1969 in einem Brief an den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt für Ostern 1969 Passierscheine für West-Berliner an, wenn im Gegenzug die Bundesversammlung in eine andere Stadt verlegt werde.⁴³ Bundeskanzler Kiesinger, der über dieses Schreiben an Brandt von Herbert Wehner informiert wurde, lud den sowjetischen Botschafter in Bonn Zarapkin zu einem Gespräch über dieses Thema nach Stuttgart ein. Dabei machte Kiesinger deutlich, dass es mit der einmaligen Ausgabe von Passierscheinen gegen den Verzicht auf Berlin als

39 Staatssekretär Duckwitz an Botschafter Pauls v. 23.1.1969, AAPD, 1969, Dok. 29, S. 109f. Am 5.11.1968 war Richard Nixon mit knapper Mehrheit zum US-Präsidenten gewählt worden. Er berief Prof. Henry Kissinger (am 2.12.1968) zu seinem Sicherheitsbeauftragten. Vgl. Henry A. KISSINGER, *Memoiren 1968–1979*, München 1979, S. 47ff.

40 Aufzeichnung des Gesprächs v. 5. 12. 1968.

41 AAPD, 1969, v. 17.2., Dok. 46, Anm. 6.

42 Gespräch Brandt z.Zt. Bühlerhöhe mit Zarapkin, AAPD, 1969, v. 6.2., Dok. 46, S. 154.

43 Einzelheiten bei: D. KROEGEL (wie Anm. 5), S. 293ff. und D. TASCHLER (wie Anm. 4), S. 321.

Tagungsort nicht getan sei, notwendig sei vielmehr eine langfristige Besuchsregelung für West-Berliner.⁴⁴ Gerhard Wettig hat über dieses »Passierschein-Intermezzo« zeitnah und ausführlich berichtet.⁴⁵ Die Erwartung Kiesingers, dass die Sowjets auf seine Forderung eingehen würden, wurde bald enttäuscht. Es kam zu keinem Nachgeben des Kreml, obwohl die Drohungen aus Moskau und die Attacken aus Ostberlin offensichtlich Eindruck bei wichtigen Politikern der Bundesrepublik gemacht hatten.

Erneut Bedenken gegen Berlin

Am 20. Februar 1969 erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion Hans-Dietrich Genscher, »die Bereitschaft seiner Partei, zusammen mit der Bundesregierung die »endgültige Ortswahl« für die Bundesversammlung zu überprüfen: Der FDP-Abgeordnete sagte, die Freien Demokraten würden der Regierung nicht in den Rücken fallen, wenn der Bundeskanzler aufgrund neuer Informationen sein Votum für Berlin ändere. Berlin sei für die FDP keine Prestigefrage und kein Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen.«⁴⁶

Auch Egon Bahr bedauerte offensichtlich, »dass wir nicht einmal die Möglichkeit des Wechsels von Gerstenmaier zu Hassel ausgenutzt haben«, eine Änderung herbeizuführen. »Es kann sein, dass wir für die Bundesversammlung sehr teuer bezahlen.«⁴⁷ Helmut Schmidt – so Bahr in diesem Brief an Brandt – teile die Auffassung von Bahr, ebenso Herbert Wehner, der sich jedoch in einer schwierigen Lage befinde, da er immer »gegen Berlin gewesen sei«. In einem Schreiben vom 27. Februar 1969 an den Verbindungsmann zur DDR-Regierung, Rechtsanwalt Wolfgang Vogel (Ostberlin), versuchte Wehner einen Weg zu einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und der DDR aufzuzeigen: »Die Bundesversammlung muss nicht in Berlin tagen«, andererseits: »speziell Berliner Probleme, insbesondere die Möglichkeiten zur Aufhebung der Benachteiligung West-Berlins im Verkehr mit dem anderen Teil Deutschlands sollten zu verhandeln sein.«⁴⁸ Bei der interfraktionellen Besprechung über den Tagungsort der Bundesversammlung beim Bundestagspräsi-

44 D. KROEGEL (wie Anm. 5), S. 295.

45 Gerhard WETTIG, *Die Berlin-Krise 1969. Ein Musterfall des Zusammenspiels von Sowjetdiplomatie und -propaganda*, in: *Osteuropa* 19 (1969), S. 685–697.

46 AAPD, 1969, Bahr an Brandt v. 21.2., Dok. 72, S. 151.

47 AAPD, 1969, EBD. S.151. Auch Bundeskanzler Kiesinger äußerte am 21.1.1965 in der CDU/CSU-Fraktion erneut Bedenken, aber auch die Hoffnung, »dass wir uns mit dieser einmal eingenommenen und beschlossenen Haltung (Tagung in Berlin) so durchsetzen werden, dass keinerlei Störungen erfolgen«. (Protokoll der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ACDP VII-001-1018/1, S. 30).

48 D. KROEGEL (wie Anm. 5), S. 298f.

denen am 5. Dezember 1968 hatte Wehner lediglich pflichtgemäß Bedenken gegen Berlin vorgetragen.⁴⁹ In einer Sondersitzung des CDU-Bundesvorstandes am 11. Februar 1969 erklärte Bundeskanzler Kiesinger deutlich: »Die Entscheidung ist gefallen.«⁵⁰

Kai-Uwe von Hassel übernimmt Gerstenmaiers Entscheidung für Berlin

Gerstenmaier hatte die alte Hauptstadt Berlin als Tagungsort⁵¹ der Bundesversammlung gegen vielfältige offene und verdeckte Bedenken durchgesetzt und dadurch die Position dieser Stadt entscheidend gestärkt. Der neue Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel übernahm die Entscheidung seines Vorgängers und berief die Bundesversammlung nach Berlin ein, nachdem er mit dem Bundeskanzler, dem Außenminister, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und den Fraktionsvorsitzenden beraten und festgestellt hatte, dass »kein Anlass bestehe, die Bundesversammlung an einen anderen Ort zu verlegen«.⁵²

Trotz der Ankündigungen des sowjetischen Vertreters in der damals für die Luftsicherheit um Berlin verantwortlichen »Alliierten Luftsicherheitszentrale«, die Sowjetunion könne nicht mehr für die Sicherheit des Flugverkehrs nach Berlin garantieren, verliefen die Flüge von und nach Berlin reibungslos.⁵³ Am Tag der Präsidentenwahl sperrten die DDR-Behörden zwar für drei Stunden die drei Autobahnverbindungen nach Berlin, der Verkehr über die Bahn und in der Luft verlief aber normal.⁵⁴

Bei seiner Eröffnungsansprache vor der Bundesversammlung hat Kai-Uwe von Hassel die Wahl Berlins als Sitz der Bundesversammlung noch einmal deutlich unterstrichen: »Wir haben uns zum vierten Male in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hier in der alten deutschen Hauptstadt Berlin zur Wahl des Bundespräsidenten versammelt. Die Sowjetunion und andere europäische Staaten haben sich in diplomatischen Erklärungen gegen die Einberufung nach Berlin ausgesprochen. Die Sowjetunion und die Behörden im anderen Teil Deutschlands haben mit großen propagandistischen Anstrengun-

49 Siehe oben S. 103.

50 ACDP VII-001-017/4. In dieser Sitzung hat Gerstenmaier seine Entscheidung nur noch kurz angesprochen, dagegen aber ausführlich zur Friedenspolitik der CDU Stellung genommen. Max Schulze-Vorberg äußerte Bedenken gegen die Bundesversammlung in Berlin.

51 Karl CARSTENS, damals Staatssekretär im Bundeskanzleramt, hat in seinen *Erinnerungen* (wie Anm. 2), S. 766f. berichtet, dass sich die Bundesregierung mehrfach mit der Bundesversammlung in Berlin befasst habe. Kiesinger sprach sich zunächst im Oktober 1968 in internen Besprechungen dagegen aus. »Nachdem der Bundestagspräsident die Bundesversammlung nach Berlin einberufen habe, sei eine Änderung dieser Entscheidung nicht mehr möglich. Dem stimmten alle Mitglieder des Kabinetts zu.«

52 D. TASCHLER (wie Anm. 4), S. 321 und D. KROEGEL (wie Anm. 5), S. 290.

53 FAZ v. 4.3.1969.

54 FAZ v. 6.3.1969.

gen, mit der Ankündigung neuer Verkehrsbeschränkungen, mit Pressionen und einem verschärften Nervenkrieg versucht, unsere Anwesenheit hier in Berlin zu verhindern. Die deutsche und die ausländische Öffentlichkeit hat sich mit dem Für und Wider auseinandergesetzt. Ich habe selbst manchen Brief erhalten, in dem die Sorge um Berlin und um den Frieden in oftmals bewegten Worten ihren Ausdruck fand. Die 5. Bundesversammlung ist nicht zusammengetreten, um irgendjemanden zu provozieren. Wer uns dennoch Provokationen vorwirft, übersieht oder verschweigt, dass wir nichts beanspruchen, was uns nicht zusteht. Wir beeinträchtigen niemanden in seinen Rechten, wir können deshalb auch niemanden provozieren. ... Im Namen der Bundesversammlung danke ich den Regierungen von Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika dafür, dass sie die Sicherheit und die Freiheit Westberlins solidarisch gewährleisten. ... Diese 5. Bundesversammlung will mit ihrer Anwesenheit im geteilten Berlin zum Ausdruck bringen, dass sie sich zum Frieden, zur Freiheit und zum Recht für alle Menschen in der ganzen Welt bekennt.«⁵⁵

Gustav Heinemann (SPD)⁵⁶ wurde im dritten Wahlgang gegen Gerhard Schröder (CDU/CSU) mit 512 gegen 506 Stimmen bei 5 Enthaltungen zum neuen Bundespräsidenten gewählt.⁵⁷ Mit seiner Wahl trat »ein Stück Machtwechsel« in Deutschland ein, wie es Heinemann in einem Zeitungsinterview mit der Stuttgarter Zeitung selbst interpretiert hat.⁵⁸ So kam es denn auch. Nach der anschließenden Bundestagswahl 1969 bildeten Brandt und Scheel die erste sozial-liberale Bundesregierung. Die Koalition von SPD und FDP hielt bis zum 1. Oktober 1982 als Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt wurde.

Die Entscheidung für Berlin war durchgesetzt – Gerstenmaier wurde zermürbt

Die Bemühungen der DDR, mit Hilfe der Machthaber in der UdSSR auf diplomatischer Ebene den Bundestagspräsidenten von der Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin abzubringen, waren in den Monaten zuvor begonnen, ständig verstärkt und mit perfiden Angriffen auf Eugen Gerstenmaier wegen seiner Tätigkeit im Dritten Reich begleitet worden. Von westdeutschen

55 Sten. Ber. 5. WP, Bd. 69, Anhang S. 1-9; *Die Bundesversammlung 1949–1979* (wie Anm. 28), S. 164ff.

56 Zur Persönlichkeit Heinemanns: Walter HENKELS, in: *FAZ* v. 6.3.1968 und *Stuttgarter Zeitung* v. 27.9.1967.

57 Über die Rolle der FDP in dieser Bundesversammlung hat Klaus HILDEBRAND überzeugend berichtet: *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4), Mannheim 1984, S. 393ff.

58 Vgl. M. GÖRTEMAKER (wie Anm. 3), S. 496 und R. MORSEY (wie Anm. 2), S. 112; insbes. Arnulf BARING, *Machtwechsel, die Ära Brandt/Scheel*, München 1984, S. 121f.

Presseorganen wurden diese Verdächtigungen geflissentlich aufgenommen, vorwurfsvoll aufbereitet und millionenfach verbreitet.⁵⁹ Sie gipfelten in dem Vorwurf, dass Gerstenmaier sein Todesurteil durch den Volksgerichtshof durch Verrat an den Mitverschwörern des 20. Juli 1944 verhindert habe.⁶⁰ Er war immerhin zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden. In dieser Kampagne gegen ihn wurde dann behauptet, er habe die Wiedergutmachung nach dem Wiedergutmachungsgesetz zu Unrecht in Anspruch genommen und führe den Professorentitel zu Unrecht. Diese Verdächtigungen verleiteten eine Reihe von Bundesbürgern zu Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft wegen Betruges und anderer strafrechtlicher Delikte.

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen Gerstenmaier

Nach dem Rücktritt vom Amt des Bundestagspräsidenten mit Wirkung vom 1. Februar 1969 leitete die Bonner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren ein, das fast sechs Jahre dauerte: Am 25. Oktober 1974 stellte sie – unter deutlicher Zurückweisung der Anzeigen – das Verfahren ein. Fast sechs Jahre hat die Staatsanwaltschaft Bonn mehr als zwei Dutzend Anzeigen gegen Gerstenmaier geprüft – sehr sorgfältig, sehr gründlich, langsam und anfangs wohl auch mit einem gewissen Anflug von Voreingenommenheit, aber immer korrekt.

Gerstenmaier berichtet in seinem Lebensbericht⁶¹ relativ kurz über dieses Verfahren. Man spürt, wie ihm durch diese Anzeigen Unrecht geschehen ist und wie sehr er sich den Veröffentlichungen aus der DDR ausgeliefert fand, auf die sich die Anzeigersteller fast ausschließlich beriefen. Er hat Recht mit seiner Klage über »die bestürzende Ungleichheit der Waffen gegenüber den Massenmedien, vor allem gegenüber Rundfunk und Fernsehen«. Selbst nach seinem Tod fiel der Westdeutsche Rundfunk in seinem »Kritischen Tagebuch vom 27.12.1992«⁶² noch einmal mit Behauptungen, Vermutungen und Andeutungen über ihn her, die aus der früheren Fälscherwerkstatt der Stasi stammten und längst von der Staatsanwaltschaft Bonn widerlegt waren. Von der Einstellung

59 Die Seelenverwandtschaft und Kumpanei bekannter westdeutscher Journalisten und ihre »Affinität zu den kommunistischen Diktatoren«, insbesondere die Rolle des »Stern« legt offen: Hubertus KNABE, *Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien*, Berlin 2001, insbes. S. 250ff. (»Die Gerstenmaier-Kampagne«). Ferner Roger ENGELMANN, *Gefangener der Voreingenommenheit*, in: FAZ v. 27.7.2001; H. KNABE, *Republik* (wie Anm. 16).

60 H. KNABE, *Stasi und Westmedien* (wie Anm. 59), S. 257.

61 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 24), S. 592f.

62 WDR 3, Sendemanuskript 921227 Otto Köhler; zu Köhler vgl. H. KNABE, *Stasi und Westmedien* (wie Anm. 59), S. 468, Anm. 245; Helmut MÜLLER-ENBERGS (Hg.): *Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit*, Berlin 1996, S. 228, Anm. 975. – Durch Urteil des Landgerichts Köln (Az: 28 O 188/93) wurden Otto Köhler einige falsche Behauptungen über Eugen Gerstenmaier untersagt.

des Verfahrens und den dabei getroffenen Feststellungen der Staatsanwaltschaft wurde in diesem Tendenzbericht des WDR mit keinem Wort gesprochen.

Mit der definitiven Festlegung des Tagungsortes Berlin für die Bundesversammlung hatten die Agitatoren der Stasi ihr Ziel zwar verfehlt, aber Gerstenmaier gestürzt. Ihm blieb nur der lange und deprimierende Weg eines Beschuldigten in dem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren. So sehr es zu beklagen ist, dass das Verfahren von 1969 bis 1974 so lange gedauert hat, so sehr ist anzuerkennen, dass der Erste Staatsanwalt Jürgen Zädow peinlichst genau alle Vorwürfe, Vermutungen, Andeutungen und Anwürfe geprüft hat und dann auch überzeugend zur Einstellung des Verfahrens gekommen ist, durch die praktisch alle Anschuldigungen aus der DDR eindeutig widerlegt wurden.⁶³

Die Einstellungsverfügung der Bonner Staatsanwaltschaft ist 250 DIN A4-Seiten⁶⁴ lang und eine deutliche *Rehabilitierung Gerstenmaiers*. Sie kam nur viel zu spät, als die Zeit über ihn hinweggegangen war. Historiker und die politische Wissenschaft werden sich auf diese Arbeit der Bonner Staatsanwaltschaft stützen können, weil der Lebensweg Gerstenmaiers durch den Nationalsozialismus bis ins Detail nachgezeichnet und belegt worden ist.

Ich kann hier nur einige mir wegen ihrer politischen Bedeutung besonders wichtig erscheinende Punkte herausgreifen, die Gegenstand der Anzeigen und der Prüfung durch die Staatsanwaltschaft waren.

Gerstenmaier – Ziel brauner und roter Verfolgung!

Gerstenmaier ist Zeit seines Lebens brauner und roter Verfolgung ausgesetzt gewesen. Am Tag des Attentats auf Adolf Hitler durch Oberst Klaus Graf Schenck von Stauffenberg wurde er in der Bendlerstraße in Berlin verhaftet, musste mit standrechtlicher Erschießung rechnen und wurde anschließend in der Haft gefoltert und gequält. Im Januar 1945 verurteilte ihn der Volksgerichtshof unter dem Vorsitz von Roland Freisler zu sieben Jahren Zuchthaus, die er im Zuchthaus in Bayreuth verbringen musste. Am 14. April 1945 wurde er von den Amerikanern befreit. Er hat diese Zeit in seinem Lebensbericht anschaulich geschildert.⁶⁵ Über »Gerstenmaier im Dritten Reich« hat der Widerstandskämpfer und spätere Bundesverfassungsrichter Fabian von Schlabrendorff 1965⁶⁶ überzeugend berichtet. Auf diese Dokumentation über das

63 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 24), S. 592f.

64 Staatsanwaltschaft Bonn – 8 Js 544/69 v. 2.10.1974.

65 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 61), S. 223ff. Brigitte GERSTENMAIER hat nach dem Tod ihres Mannes *Briefe und Berichte 1939–1969* unter dem Titel: *Zwei können widerstehen*, Bonn 1992, veröffentlicht, in dem Briefe aus dem Zuchthaus enthalten sind.

66 Fabian VON SCHLABRENDORFF, *Eugen Gerstenmaier im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Stuttgart 1965.

Verhalten Gerstenmaiers im Dritten Reich beziehen sich fast alle späteren Untersuchungen.⁶⁷

Gerstenmaier hatte nach seiner Promotion zum Lic. theol.⁶⁸ in Rostock sich 1936/37 durch eine Arbeit »Die Kirche und die Schöpfung« habilitiert. Diese Habilitationsschrift erschien 1938 im Furche-Verlag. Wegen seiner dezidierten Ablehnung des Nationalsozialismus wurde Gerstenmaier aber die Ausübung der Lehrbefugnis als Dozent und auch die Ernennung zum Professor verweigert. Seine »politische Unzuverlässigkeit« im nationalsozialistischen Sinne verhinderte den angestrebten akademischen Lebensweg. Er wurde wissenschaftlicher Hilfsarbeiter und am 8. April 1941 Konsistorialrat im kirchlichen Außenamt der Evangelischen Kirche Deutschlands. Nach Beendigung des Krieges gründete er das »Evangelische Hilfswerk Deutschlands«, dessen Leitung er bis zum 30. September 1951 inne hatte. Wegen seines Wechsels in die Politik nach der Wahl in den Bundestag 1949 beendete er diese wichtige Aufgabe. Mit Wirkung vom 25. Januar 1947 war ihm das Recht verliehen worden, den Titel Oberkonsistorialrat zu führen.

Wegen seines Widerstandes gegen die Nazis, seiner Zugehörigkeit zum Kreisauer Kreis und insbesondere wegen seiner akademischen Titel kam er schon in den 50er Jahren in die Schusslinie sowohl von ehemaligen Aktivisten aus der Nazizeit als auch der Propagandisten des DDR-Regimes unter Ulbricht. In einer Rede vor dem Bundesparteitag der CDU in Stuttgart hatte Gerstenmaier das »Wiederlautwerden alter ungeläuterter Hitler-Anhänger« angeprangert und dabei u.a. die »Remers und die Ramkes« erwähnt. Das brachte den ehemaligen General der Fallschirmjäger Ramke auf die Palme. Zusammen mit dem Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Maßmann, Kiel, verdächtigte Ramke zwischen August 1957 und Dezember 1963 in verschiedenen Schreiben an die Synode der Evangelischen Kirche Gerstenmaier wegen seiner politischen Haltung während der Nazizeit. Gerstenmaier stellte Strafantrag gegen Dr. Maßmann und General Ramke, als sie ihm auch noch unterstellten, seine Freunde

67 Vgl. Ger VAN ROON, *Neuordnung im Widerstand*, München 1967, S. 187–194; Joachim FEST, *Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli*, Berlin ⁴1994, S. 314f. Albrecht VON MOLTKE, *Die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Kreisauer Kreises innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, Köln 1990, S. 42, Anm. 148; Ulrich KARPEN/Andreas SCHOTT (Hg.): *Der Kreisauer Kreis. Zu den verfassungspolitischen Vorstellungen von Männern des Widerstandes um Helmut James Graf von Moltke*, Heidelberg 1995; Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, *Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, Düsseldorf ²1990, S. 239–247; Hans MOMMSEN, *Der Kreisauer Kreis und die künftige Neuordnung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 42 (1994), S. 361–377; Klaus HORNING, *Der Kreisauer Kreis und die deutsche Zukunft*, in: *Politik und Zeitgeschichte* 28 (1994), S. 22ff.; Roman BLEISTEIN (Hg.), *Dossier: Kreisauer Kreis, Dokumente aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 1987.

68 Was einem Dr. theol. entsprach und später auch so umgestellt wurde.

im Widerstand verraten zu haben, um dadurch »seinen Kopf zu retten«. ⁶⁹ Die gerichtliche Voruntersuchung wurde beim Landgericht Kiel eröffnet und Anklage gegen Dr. Maßmann und General Ramke wegen Beleidigung nach § 187a StGB erhoben. Zu einem Abschluss des Gerichtsverfahrens durch Urteil ist es nicht gekommen. Auf nachhaltige Bitten des Verteidigers von Ramke kam es zu einem »Vergleich«. Die beiden Angeklagten nahmen mit dem »Ausdruck des Bedauerns die gegen Gerstenmaier erhobenen Vorwürfe zurück«. General Ramke zahlte außerdem eine Geldbuße von 3.000 DM. Darauf nahm Gerstenmaier den Strafantrag zurück. Das Verfahren wurde eingestellt, aber mit dem Verfahren war ein Stein ins Wasser geworfen worden, der immer weitere Kreise zog und auch die ostdeutsche Propaganda und Hetzkampagne auf den Plan rief. Gerstenmaier hat später bekannt, »wie schwer ihm der Vergleich gefallen ist« ⁷⁰. Mir gegenüber hat er wiederholt geäußert, »er hätte sich nie und nimmer zu diesem Vergleich überreden lassen dürfen«.

Für die Machthaber in Pankow war Gerstenmaier inzwischen zu einem erklärten Gegner des Kommunismus geworden, den es zu bekämpfen galt. Mit verleumderischen Andeutungen und Hinweisen auf Gerstenmaier als »Hitler-Anhänger« und als »Neokolonialist« trat der damalige Staatssekretär im Außenministerium der DDR, Otto Winzer, am 4. November 1960 vor die Presse in Ostberlin und legte ein Pamphlet vor: »Kreuzritter des Neokolonialismus«, das Gerstenmaier in seinen außenpolitischen Ambitionen treffen sollte. Für diese Pressekonferenz lag Winzer eine Anweisung vor, was mit dieser »Dokumentation« erreicht werden sollte: »Wir wollen heute dazu beitragen, dass diese Afrika-Woche den gebührenden Ausklang und Abschluss findet, der keine Zweifel an den neokolonialistischen Absichten der Bonner Regierung und ihrer monopolkapitalistischen Hintermänner lässt. ... In diesem Dokument tritt uns Herr Gerstenmaier als frömmelnder Propagandareisender Hitlers und Ribbentrops entgegen. Im Talar eines eifernden evangelischen Christen war und ist dieser Herr Gerstenmaier, damals Kirchliches Außenamt, heute Präsident der Deutschen Afrika-Gesellschaft, stets ein Wegbereiter der Eroberungspolitik des aggressiven deutschen Imperialismus. Die Ämter haben gewechselt, aber Ziel und politischer Inhalt der Tätigkeit des Herrn Gerstenmaier sind die gleichen geblieben.« ⁷¹ Ohne jeglichen Beweis und ohne stichhaltige Dokumente wird Gerstenmaier als »Vorreiter der Hitler-Aggression« und als »Kriegshetzer in christlichem Gewande« dargestellt.

69 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 24), S. 386.

70 EBD. S. 585.

71 Vgl. Otto WINZER, *Kreuzritter des Neokolonialismus*, Ostberlin 1961, S. 5, 14; dieser Sprechzettel ist im NL Gerstenmaier ACDP I-210-24/2 enthalten.

Das kommunistische »Neue Deutschland«⁷² und die ebenso hetzerische »Deutsche Volkszeitung«⁷³ legten noch einmal in dieser Verleumdungskampagne nach. Man merkte: Die kommunistische Propaganda hatte sich besonders auf Gerstenmaier eingeschossen. In der »Dokumentation der Zeit« wurde Gerstenmaier 1965 als »Steigbügelhalter der Nazis«⁷⁴ bezeichnet, seine Beteiligung am Widerstand und seine Verurteilung durch den Volksgerichtshof 1945 aber völlig verschwiegen. Im sogenannten Braunbuch von 1965, in dem die östlichen Agitatoren gegen die Bundesrepublik ihre Angriffe fortsetzten, war Gerstenmaier erneut Zielscheibe scharfer Attacken.⁷⁵

Hubertus Knabe berichtet, dass die Stasi 1967 eine »belastende Dokumentation erarbeitete mit dem Ziel, die Person Gerstenmaier zu einem geeigneten Zeitpunkt zu entlarven«.⁷⁶ Der an der Besprechung bei der Stasi teilnehmende KGB-Oberst Kondraschow⁷⁷ »meinte jedoch, dass er momentan (1967) keine Notwendigkeit sehe, Gerstenmaier zu entlarven«. »Der passende Zeitpunkt« schien dann 1968/69 mit der für das Jahr 1969 vorgesehenen Bundesversammlung gekommen. Mit einer Broschüre: »Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten – Die Karriere des Eugen Gerstenmaier« erreichte die hetzerische Propaganda der DDR-Regierung ihren Höhepunkt. Dieser sogenannte »Dokumentarbericht« wurde zeitlich und zielgerichtet so gestaltet, dass er zur Bundesversammlung 1969 die gewollte Stimmungsmache gegen den Tagungsort Berlin verursachte und noch weiter verstärkte: Gerstenmaier sollte so diskreditiert werden, dass er seine beabsichtigte Entscheidung für Berlin nicht durchsetzen könnte. Der Tenor und die Überschriften in dieser Broschüre sind von einem perfiden Verleumdungscharakter und zeigen das Ziel deutlich auf.

Forschungsergebnisse in der Gauck-Behörde im Jahr 2000

In der Gauck-Behörde (Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes) finden sich die Vorarbeiten für diese Broschüre mit Durchschlägen der Originalfassung.⁷⁸ In einem Aktenvermerk vom 24. Januar 1969,

72 *Neues Deutschland* v. 11.5.1961.

73 *Deutsche Volkszeitung* v. 28.4.1961.

74 *Dokumentation der Zeit* (Ostberlin) 1965, Heft 334, S. 32f.

75 *Braunbuch* (1965), S. 324ff.

76 H. KNABE, *Republik* (wie Anm. 16), S. 130; vgl. DERS., *Die West-Arbeit und ihre Wirkungen. Bericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes*, Berlin 1999. In seinem neuen Werk beschreibt Knabe die »Gerstenmaier-Kampagne« des Staatssicherheitsdienstes in den 50er und 60er Jahren: H. KNABE, *Stasi und Westmedien* (wie Anm. 59), insbesondere S. 250ff. Hubertus KNABE, *Agitieren, diffamieren, destabilisieren*, in: *Der Tagesspiegel* v. 20.5.2001:

77 Kondraschow ist in dem Werk: George BAILEY/Sergey A. KONDRASCHOW/David E. MURPHY, *Die unsichtbare Front*, Berlin 1997, darauf nicht eingegangen.

78 BStU, Archiv der Zentralstelle MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 1–50.

von dem »ein Exemplar an Gen. Wolf«⁷⁹ ging, ist von »weiterer Sichtung des Materials« gegen Gerstenmaier die Rede. »Ziel der Sichtung des Materials sei u.a.: Auswertung sämtlicher erarbeiteten sowie der in Archiven der DDR lagernden Materialien über die Vergangenheit der Mitglieder des westdeutschen Bundestages, den zur ›Bundesversammlung‹ gehörenden Mitgliedern der westdeutschen Landtage mit dem Ziel der Nachweisführung, dass mit dem geplanten Stattfinden der ›Bundesversammlung‹ in Westberlin die neonazistische und revanchistische Expansionspolitik der reaktionären Kräfte in Westdeutschland einen neuen Höhepunkt erreichen soll. Zur Unterstützung der im Ergebnis dieser Feststellungen möglichen agitatorischen Auswertung (z.B. Pressekonferenz, evtl. Erarbeitung einer Dokumentation als *Zirkularmaterial für die UNO*) ist weiterhin vorgesehen ... *Durch diese Maßnahmen wird angestrebt, das Stattfinden der ›Bundesversammlung‹ zur Wahl des westdeutschen Bundespräsidenten am 5. März 1969 in Westberlin zu verhindern.*«⁸⁰ Mit der Öffnung der Akten des Staatssicherheitsdienstes kommen diese diabolischen Hintergründe und Absichten der kommunistischen Machthaber gegen Repräsentanten und Organe der Bundesrepublik ans Tageslicht und damit auch die Verhetzung von Bürgern, die zu solch unsäglichen Anzeigen führte, wie sie im Fall Gerstenmaier mit den jahrelangen staatsanwaltlichen Ermittlungen die Folge waren.

Die Staatsanwaltschaft Bonn konnte diese Machenschaften der Stasi nicht erkennen und brauchte deshalb so lange Zeit, um trotzdem zu einer klaren Einstellung des Verfahrens zu gelangen. Es mutet heute sicherlich naiv an, dass die Staatsanwaltschaft im Januar 1973 den Generalstaatsanwalt der DDR mit einem Rechtshilfeersuchen eingeschaltet und darum gebeten hat, »Dokumente zugänglich zu machen, die der vom Staatsverlag der DDR herausgegebenen Broschüre zugrunde liegen«. Von dem kommunistisch-totalitären System der DDR Rechtshilfe erlangen zu wollen, ist schon arg vertrauensselig. Der Generalstaatsanwalt der DDR hat dann auch 65 Blatt Ablichtungen von im Besitz der DDR »befindlichen Schriftstücken übersandt«, aus denen sich verständlicherweise keine neuen Erkenntnisse ergaben.⁸¹ Bei meinen Recherchen im Jahr 2000 zu den Angriffen der DDR-Organen gegen Gerstenmaier habe ich etwa 60 Ordner einsehen können, in denen auch Konvolute enthalten sind, »die eine gewisse Entlastung für G. darstellen« oder Faszikel mit der

79 Markus (Mischa) Wolf, Spionagechef im Ministerium für Staatssicherheit der DDR, von 1952–1986 war er Leiter der Hauptabteilung Aufklärung, dem Auslandsnachrichtendienst der Stasi. Vgl. Christoph ANDREW/Wassili MITROCHIN, *Das Schwarzbuch des KGB*, Berlin 1999, S. 535.

80 BStU (wie Anm. 78), Ordner 39; H. KNABE, *Republik* (wie Anm. 16), S. 221–226 berichtet über weitere Aktionen der SED gegen die Bundesversammlung mit verschiedenen Belegen, u.a. BStU, ZA, SdM 1439. Hervorhebung des Verf.

81 Einstellungsverfügung S. 235f.

Aufschrift: »Entlastung für G.«⁸². Dass diese Unterlagen der Bonner Staatsanwaltschaft nicht zugeleitet worden sind, liegt auf der Hand und war kaum zu erwarten. Um so höher ist zu bewerten, dass die Staatsanwaltschaft Bonn nach langwierigen Untersuchungen doch zu einer deutlichen Rechtfertigung von Gerstenmaier gekommen ist.

Wesentliche Ergebnisse der Staatsanwaltschaft Bonn:
Rehabilitierung Gerstenmaiers

Die Staatsanwaltschaft Bonn hatte aufgrund der Anzeigen, die von den Veröffentlichungen in den Medien (insbesondere »Stern« und »Spiegel«) ausgingen, Vorwürfe des Betruges zu prüfen. Darin wurde behauptet, »er habe sich die vom Bundesministerium des Innern durch Bescheid vom 8. Dezember 1965 im Wege der Wiedergutmachung zugesprochenen Versorgungsbezüge als emeritierter außerordentlicher Professor durch unrichtige Angaben verschafft. Gerstenmaier wurde vorgehalten, er könne keine Habilitation nachweisen, ihm habe auch eine Lehrbefugnis nicht zugestanden, die ihm auch nicht versagt worden sei.« Eine Wiedergutmachungsleistung habe ihm nicht zugestanden, weil er – wie in der Stasi-Broschüre erwähnt – Mitglied der SA, des NS-Studentenbundes und der NSDAP gewesen und er durch seine Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt den Nationalsozialismus gefördert habe.⁸³ Es wurde in den Anzeigen außerdem behauptet, der Wiedergutmachungsbescheid des Bundesinnenministeriums sei nicht ordnungsgemäß zustande gekommen. Dabei hatte der Präsident des Bundesrechnungshofes bereits am 26. September 1969 nach sorgfältiger Prüfung festgestellt: »Die Überprüfung der Wiedergutmachungsangelegenheit des früheren Präsidenten des Deutschen Bundestages, Herrn Prof. em. Dr. Gerstenmaier durch den Bundesrechnungshof hat keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben.«⁸⁴

Zur Frage der Habilitation kommt die Staatsanwaltschaft in ihrer umfangreichen Einstellungsverfügung ganz deutlich zur Feststellung: »*Dass sich Dr. Gerstenmaier am 24. Juni 1938, wie er im Wiedergutmachungsverfahren angegeben hatte, an der Universität Rostock habilitiert hatte, ist durch die Ermittlungen bestätigt worden.* Diese Habilitation geht aus den im Laufe des Verfahrens ermittelten Unterlagen hervor.«⁸⁵ Zur Lehrbefugnis erklärt die Staatsanwaltschaft klipp und klar: »Aufgrund dieser Erkenntnisse steht fest, dass Dr. Gerstenmaier die Voraussetzungen für die Verleihung einer Lehrbe-

82 BStU, MfS-HA IX/11, AV 14/87, Ordner 8.

83 So Vernehmungsprotokoll vom 2.11.1971 – 8 Js 544/69, S. 1f.

84 Schreiben des BRH-Präsident an Bundestagspräsident von Hassel v. 26.9.1969 in: NL Gerstenmaier ACDP I-210-022/1.

85 Einstellungsverfügung StA Bonn – 8 Js 544/69 v. 25.10.1974, S. 49.

fugnis erfüllt hatte.«⁸⁶ »Es ist deshalb davon auszugehen, dass Dr. Gerstenmaier zum Dozenten hätte ernannt werden können, wenn diese Ernennung nicht wegen seiner ›politischen Unzuverlässigkeit‹ über den Mai 1940 hinaus verzögert worden wäre.«⁸⁷ Dass die »Voraussetzungen für die Habilitation« Gerstenmaiers erfüllt sind, ergibt sich aus einem Schreiben des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 17. Februar 1938 an den Reichs- und Preußischen Minister für kirchliche Angelegenheiten, doch wird getügt, dass Gerstenmaier »den Nationalsozialismus als Weltanschauung im Grunde ablehnt«.⁸⁸

Über Gerstenmaiers aktiven Kampf gegen den Nationalsozialismus kommt die Staatsanwaltschaft nach langen und intensiven Prüfungen zu der unmissverständlichen Feststellung: »Aufgrund der Tatsache, dass Dr. Gerstenmaier wegen seiner Verbindungen zur Widerstandsbewegung durch den sogenannten Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ist davon auszugehen, dass er den Nationalsozialismus aktiv bekämpft hat und deswegen verfolgt worden ist.«⁸⁹ Gerstenmaiers klare Ablehnung des nationalsozialistischen Gedankengutes wird in vielen Schreiben und in anderen Unterlagen aus den Jahren 1938/39 deutlich, die in der Gauck-Behörde vorliegen, aber der Bonner Staatsanwaltschaft bei ihren Ermittlungen vom Generalstaatsanwalt in Ostberlin verständlicherweise vorenthalten wurden. Am deutlichsten kommt dies in einer »Beurteilung des Lic. habil. Eugen Gerstenmaier vom 30.2.39« gegenüber der Reichsstudentenführung Berlin zum Ausdruck: »Gerstenmaier gilt als ein ungewöhnlich kluger und kritischer Kopf mit ausgesprochener wissenschaftlicher Begabung und hat in seinem studentischen Amt sachlich sehr gute Arbeit geleistet. ... Es hat sich ... eindeutig gezeigt, dass G. ein fanatischer Anhänger der Bekenntniskirche ist, der sich aus dieser Anhängerschaft ganz klar gegen die nationalsozialistische Weltanschauung ... gestellt hat. ... Lic. habil. Gerstenmaier ist aufgrund seiner buchstabenmäßigen kirchlichen Bindung *Gegner des Nationalsozialismus als Weltanschauung*.« Der Reichsstudentenbund, Dienststelle Berlin, schließt sich dieser Stellungnahme an: »Ich halte Herrn Gerstenmaier charakterlich für einen einwandfreien

86 Ebd. S. 93.

87 Ebd. S. 101.

88 BStU, MfS-HA IX/11, AV 14/87, Ordner 8, Blatt 47. In diesem Ordner ist eine Reihe weiterer Unterlagen über Gerstenmaier enthalten, in denen er ab 1938 stets als »Dr. habil.« bzw. »Lic. habil. Dr. Gerstenmaier« bezeichnet wird und in denen seine wissenschaftliche Anerkennung festgehalten ist.

89 Einstellungsverfügung, S. 122; im Haftbefehl des »Ermittlungsrichters des Volksgerichtshofes vom 11. Oktober 1944« gegen Helmuth von Moltke, Eugen Gerstenmaier u.a. wurden sie beschuldigt, »zusammen mit anderen es unternommen zu haben, die nationalsozialistische Regierung, nötigenfalls mit einer gegen den Führer gerichteten Gewalttat, zu stürzen, um sich selbst oder ihre Gesinnungsgenossen in den Besitz der Macht zu bringen«. – Haftbefehl und Urteil des VGH in: NL Gerstenmaier, ACDP I-210-005/2.

Mann, der aber ein Kämpfer für politische Ziele ist, die der nationalsozialistischen Bewegung absolut entgegen stehen.«⁹⁰

Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, der formell für die Genehmigung einer akademischen Lehrbefugnis zuständig, aber seinerseits von der Zustimmung des »Stellvertreters des Führers« abhängig war, unterrichtete am 22. November 1939 das Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten »betr. die Verleihung der Lehrbefugnis an Lic. theol. habil. Gerstenmaier«: Gerstenmaier »wird vorgeworfen, dass er der Exponent stark kirchlich und konfessionell gebundener Kreise« sei. »Der Stellvertreter des Führers hält es daher vorläufig für nicht angebracht, dass G[erstenmaier] eine Dozentur erhält.«⁹¹ Diese Mitteilung der zuständigen Behörde bestätigt die wiederholte Erkenntnis von Eugen Gerstenmaier, dass von höchster Naziebene [Stellvertreter des Führers – Rudolf Heß] ihm die *venia legendi* vorenthalten worden ist, weil er ein »unversöhnlicher Gegner des Führers und der Bewegung« gewesen ist.⁹² Der Leiter des Kirchlichen Außenamtes der Evangelischen Kirche, Bischof Theodor Heckel, versuchte zwar noch einmal, die Vorbehalte wegen Gerstenmaiers »politischer Unzuverlässigkeit« auszuräumen und eine positive Entscheidung herbeizuführen.⁹³ Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, dem die Stellungnahme von Bischof Heckel offensichtlich vorgelegt worden war, teilte aber am 5.9.1940 dem Kirchenministerium definitiv mit, dass es »davon absehen muss, die Frage einer Dozentur an Lic. theol. habil. Gerstenmaier weiter zu verfolgen.«⁹⁴ Die Bonner Staatsanwaltschaft ist nach eingehender Prüfung gerade auch dieses Komplexes zu dem Ergebnis gekommen, dass Gerstenmaier »zum Dozenten hätte ernannt werden können, wenn nicht Bedenken gegen die politische Zuverlässigkeit« geäußert worden wären.⁹⁵

Für die in der Stasi-Broschüre angegebene Karteinummer P 38/546 gilt das, was Bohnsack/Brehmer – zwei langjährige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit – über die Arbeit ihrer Abteilung IX/11 innerhalb der Stasi

90 Schreiben an den NS-Dozentenbundführer v. 22.2.1939, BStU (wie Anm. 89), Bl. 61–63. In dem Ordner Nr. 26 ist ein »Dokumentenverzeichnis« mit 52 Dokumenten von 1938 bis 1945 (Bl. 3–12) enthalten, die gemäß einer Verfügung eines »Majors Reimann« nicht weggegeben sind. Bei diesen Dokumenten sei »Einsichtnahme nur mit Genehmigung des Ref.-Ltrs. I« möglich. Es ist als sicher anzunehmen, dass diese Unterlagen für eine Agitation gegen Gerstenmaier nicht geeignet und sogar kontraproduktiv waren.

91 BStU HA IX, Ordner 8.

92 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 24), S. 106 und F. VON SCHLABRENDORFF (wie Anm. 66), S. 19.

93 Schreiben an den Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten v. 5.6.1940, in: BStU HA IX, Ordner 9.

94 Ebd.

95 Einstellungsverfügung S. 98f. und 101.

im Jahre 1992 zugegeben haben:⁹⁶ »Das Fälschen von Pässen und Unterschriften wurde zu einer der einfachsten und gebräuchlichsten Übungen. Personalakten aus der NS-Zeit wurden »vervollständigt durch Dokumente aus eigener Fertigung. Also ergänzten wir das vorliegende Material, so dass es zweifelsfrei bewies, was wir beweisen wollten. Fakten haben uns nie gestört.« Die Staatsanwaltschaft Bonn hat dieser Karteikarte ohnehin keine große Bedeutung beigemessen, aber doch auf zwei Fehler in der Schreibweise hingewiesen. Dabei stellte sie fest, dass es keinerlei Anhaltspunkte dafür gebe, »dass es Agentennummern der angegebenen Art gegeben hat.«⁹⁷

Die besonders perfide Verleumdung gegen Gerstenmaier durch die Behauptung in der Stasi-Broschüre, die dann von Gegnern und Anzeigerstatistern aufgegriffen wurde, nämlich die vermeintliche geringe Höhe der Zuchthausstrafe sei ein Indiz dafür, dass er dem Nationalsozialismus nahegestanden haben müsse, wird von der Staatsanwaltschaft überzeugend zurückgewiesen und als abwegig bezeichnet: »Die in der Broschüre des Staatsverlags der DDR aus der Höhe der von dem Volksgerechtshof gegen den Beschuldigten verhängten Strafe gezogene Schlussfolgerung ist schon deshalb abwegig, weil nicht ersichtlich ist, weshalb es überhaupt einer Verurteilung des Beschuldigten bedürft haben sollte, falls dieser ›in den Kreisauer-Kreis lanciert‹ worden sein sollte, um ›Kronzeuge der Gestapo‹ zu werden. Im übrigen ist die *unmittelbare Beteiligung des Beschuldigten an den Ereignissen des 20.7.1944*, ... in dem Verfahren gegen Ramcke und Maßmann nach umfangreichen Erhebungen festgestellt worden. *Zweifel an diesen Feststellungen sind nicht begründet.*«⁹⁸ Die Staatsanwaltschaft Bonn kam nach ihren umfangreichen Ermittlungen und Prüfungen am 24. Oktober 1974 zu der längst überfälligen und richtigen Erkenntnis: »Anhand der der Staatsanwaltschaft zur Verfügung stehenden Erkenntnisse sind Dr. Gerstenmaier unrichtige Behauptungen im Wiedergutmachungsverfahren nicht nachzuweisen, ... *unrichtige Angaben sind nicht festgestellt worden.*«

Seine ordnungsgemäßen Rechte als Hochschullehrer mit Promotion und Habilitation waren eindeutig bestätigt und sein Widerstand gegen die Nazis bestandskräftig festgestellt. Nur darum und um nichts anderes war es Gerstenmaier gegangen! Die angestrebte Karriere als Wissenschaftler war ihm verwehrt worden.⁹⁹ Gerstenmaiers langjähriger Vizepräsident Richard Jaeger hat in einem Nachruf völlig zu Recht betont: »Ich bin davon überzeugt, dass für

96 Günter BOHNSACK/Herbert BREHMER, *Auftrag: Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte*, Hamburg 1992, S. 28, 49, 56 u. 59.

97 EBD. S. 143.

98 EBD. S. 149f.

99 Matthias STICKLER, *Eugen Gerstenmaier*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie*, Paderborn 2002, S. 247–249.

Eugen Gerstenmaier das Wiedergutmachungsverfahren nur dem Zweck gedient hat, die Kritiker und ihre Angriffe zu widerlegen.«¹⁰⁰ Korrekt wie die Staatsanwaltschaft ist, hat sie den Einstellungsbeschluss richtigerweise gerichtet an »Oberkonsistorialrat i.R. Prof. D. Dr. Eugen Gerstenmaier«. Das Ergebnis war zweifellos eine deutliche und wahre Rehabilitation Gerstenmaiers.

Die Presse berichtete – wie nicht anders zu erwarten war – gar nicht oder nur in beleidigender Kürze über diese späte offizielle Rechtfertigung. Lediglich Dr. Alois Rummel – ein heute noch bekannter Bonner Journalist und langjähriger Chefredakteur des »Rheinischen Merkur« – nahm in der »Saarbrücker Zeitung« am 13. November 1974 ausführlich Stellung: »Mit dieser bekannt gewordenen Einstellung des gerichtlichen Verfahrens jedenfalls ist ein Mann hochhoffiziell rehabilitiert worden, ... dessen Würde auf unangemessen schadenfrohe und unwürdige Weise mit Füßen getreten worden ist.«

Die CDU Deutschlands ließ im Deutschland-Union-Dienst verlauten: »Durch die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist nun vor aller Welt klar, was in der CDU nie zweifelhaft war: Ein Ehrenmann, der dem Nationalsozialismus bis zur Gefährdung seines Lebens widerstand, der die Narben der erfahrenen Misshandlungen noch heute trägt, wurde dem allzu willfährigen Zeitgeist geopfert. Kaum versteht man 1974 noch die Mentalität von 1969. Die CDU bekennt aus dem gegebenen Anlass noch einmal: Sie ist stolz auf Eugen Gerstenmaier und auf das, was er vielfach für unser Land und unser Volk geleistet hat.«¹⁰¹

Professor Klaus Hildebrand hat schon 1984 die Zusammenhänge zwischen Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin und den Angriffen gegen Gerstenmaiers Antifaschismus und Antikommunismus erkannt: »Dass Gerstenmaier zum engeren Kreis der aktiven Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 gezählt hatte, galt auf einmal wenig. ... Der in seinen Motiven ethisch begründete konservative Widerstand geriet mehr und mehr ins Zwielicht. ... Eugen Gerstenmaiers entschiedener Antikommunismus war landauf, landab sattsam bekannt und nicht dazu angetan, seine Beliebtheit in einer liberal und entspannungsfreundlich gestimmten Öffentlichkeit zu steigern.«

Eugen Gerstenmaier hat in seinem Lebensbericht die späte öffentliche und amtliche Rehabilitation durch die Staatsanwaltschaft in Bonn recht knapp und

100 Richard JAEGER, *Eugen Gerstenmaier zum Gedenken*, in: *Veröffentlichung der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Bundestages*, 1986, S. 7.

101 DUD v. 8.11.1974, S. 6f. Friedrich Karl FROMME, langjähriger Korrespondent der FAZ hat in: *Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland*, hg. v. Walter L. BERN-ECKER/Volker DOTTERWEICH, Göttingen 1982, Bd. 1, S. 155–167, das politische Wirken Gerstenmaiers fair gewürdigt; die Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens lagen ihm nicht vor. Den »Mann der Kirche, den Theologen Gerstenmaier«, schildert Jochen-Christoph KAISER, *Eugen Gerstenmaier in Kirche und Gesellschaft nach 1945*, in: *Protestanten in der Demokratie*, hg. v. Wolfgang HUBER, München 1990, S. 69–91.

mit wenig Genugtuung, aber auch mit einer spürbaren Verletzung durch das Verfahren zurückhaltend so beschrieben: »Das Ermittlungsverfahren lief über Jahre. Es missfiel mir, aber ich konnte mir nur die bündige Widerlegung der Pankower Bezeichnungen davon versprechen. Das erwies sich als richtig. Der Erste Staatsanwalt, Zädow, in Bonn, der die Sache bearbeitete, scheute weder Zeit noch Mühe, um nach dreißig Jahren auch den letzten Einzelheiten nachzugehen. Er war ein höflicher und streng bemühter Mann. Er las, was immer ich geschrieben hatte, einschließlich Dissertation und Habilitationsschrift. Er vernahm jeden noch lebenden ehemaligen Angehörigen des Reichssicherheitshauptamts, der obersten Behörde des Himmlerschen SD. Es waren an die fünfhundert. Alles was der Ramcke-Prozess zutage gebracht hatte, wurde bestätigt und noch mehr dazu. Als sich gar nichts mehr finden ließ, tat die Staatsanwaltschaft ein übriges. Sie informierte den Generalstaatsanwalt der sogenannten DDR von dem Ergebnis und fragte nach weiterem, nach anderem Belastungsmaterial. Der Herr ließ sich Zeit, viel Zeit. Ergebnis gleich null. Die Bonner Staatsanwälte, so schien es meinem Anwalt und mir, waren im Begriff, die Pankower Böcke zu den Gärtnern, sprich zu den Herren des Verfahrens, werden zu lassen. Wir protestierten. An dem redlichen Zädow lag es sicher nicht. Ich wurde den Eindruck lange nicht los, dass das Justizministerium der Regierung meines ehemaligen Bundestagskollegen Kühn, nunmehr sozialdemokratischer Ministerpräsident in Düsseldorf, keinen Gefallen daran finden wollte, mich hochamtlich von den Bezeichnungen der Pankower Kommunisten freizustellen.¹⁰² Aber schließlich fand sich doch ein anständiger Mann, der das Unvermeidliche tat.«¹⁰³

Nach seinem Tod am 13. März 1986 wurde Eugen Gerstenmaier mit einem Staatsakt im Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn am 22. März 1985 von den höchsten Vertretern unseres Staates geehrt. Bundestagspräsident Philipp Jenninger sagte u.a.: »Eugen Gerstenmaier hat sich um das Vaterland verdient gemacht.« Bundeskanzler Helmut Kohl würdigte ihn so: »Auf seine Art ist Eugen Gerstenmaier – wie Konrad Adenauer, Theodor Heuss und Kurt Schumacher – ein Glücksfall für die deutsche Geschichte in der Mitte dieses Jahrhunderts. Er hat die Zeit geprägt als Politiker, der Maßstäbe setzte.« Bundespräsident Richard von Weizsäcker stellte fest: »Eugen Gerstenmaier war ein Wächter. Er war im Tiefsten ein Mann der Tat. Deshalb stieß er zum Wi-

102 Der damalige Bundesverfassungsrichter Fabian von Schlabrendorff berichtete am 17.7.1974 an einen Freund Gerstenmaiers über Informationen aus Düsseldorf, dass die Akte der StA Bonn wieder zurückgegeben worden sei mit der »Auffassung, das Verfahren nicht einzustellen ›wegen erwiesener Unschuld‹, sondern ›wegen Mangels an Beweisen‹. Bonn ist aber fest geblieben.« NL Gerstenmaier, ACDP I-210-064.

103 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 24), S. 592.

derstand und war am Tage des Attentats am 20. Juli 1944 zusammen mit den Verschwörern in der Bendlerstraße in Berlin.«

In seinen Erinnerungen und Erfahrungen hat Karl Carstens 1992 über Eugen Gerstenmaier bekundet: »Er war als Widerstandskämpfer nach dem 20. Juli 1944 verhaftet worden, hatte aber die Namen von Mitverschworenen nicht preisgegeben.¹⁰⁴ Hätte er nicht dem Widerstand angehört, wäre er mit Sicherheit Professor geworden. Wenn es ein ehrenhaftes, ja bewundernswürdiges Verhalten in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft gegeben hat, dann war es das von Gerstenmaier.«¹⁰⁵ Karl Carstens hat Recht – und den Mut gehabt, es auch zu sagen!

Seit Januar 1969, als die Anzeigen von besorgten Bürgern und von einseitig informierten Presseorganen über Gerstenmaier hereinbrachen, bis Oktober 1974 waren fast sechs Jahre verstrichen. Ich hatte Gerstenmaier Mitte Januar 1969 von seiner Absicht zurückzutreten nicht abbringen können. Der Druck von vielen Seiten – aus Presse, Politik, Bürgerschaft und Familie – war so stark geworden, dass der kämpferische, immer streitbare Mann zu resignieren begann. Leider ließ er sich in meiner Abwesenheit an dem Wochenende vom 11./12. Januar 1969 von seinem Pressereferenten zu einer Pressekonferenz verleiten, auf der er durch einige Formulierungen (»Nazi hätte man sein müssen« und »Staat des Berechtigungswesens«) die Entrüstung bei den Presseleuten noch vertiefte.¹⁰⁶ Auch durch ein Gespräch mit Gerhard Löwenthal und Rudolf Woller im ZDF-Magazin¹⁰⁷ am 15. Januar 1969 konnte die Stimmung gegen ihn nicht wieder umgekehrt werden. Mein Versuch, durch eingehende Informationen den verantwortlichen Redakteur für Politik des Südwestfunks in Baden-Baden, Günter Gauss,¹⁰⁸ zu einer objektiven und offenen Berichterstattung zu veranlassen, brachte ebenfalls keine Änderung. »Gerstenmaier war

104 Die Verteidigungsstrategie der Angeklagten in der mündlichen Verhandlung vor Freislers Volksgerichtshof am 11.1.1945 hat E. GERSTENMAIER in seinem Lebensbericht (wie Anm. 24, S. 215ff.) geschildert. Siehe auch seinen »Bericht aus Tegel vom 13./14.1.1945«, abgedruckt in: B. GERSTENMAIER (wie Anm. 65), S. 97–127. Ludwig Freiherr von Hammerstein-Equord, ein Beteiligter am 20. Juli 1944, schreibt über das Verhalten bei den Vernehmungen durch die Nazi-Schergen: »Natürlich haben die, die ausgesagt haben, nicht die Wahrheit gesagt. Sie wollten sich retten. Und wenn ich z.B. die Vernehmungsakten meiner Kameraden ansehe, dann staune ich, wie gut und geschickt diese Herren gelogen haben.« In: U. KARPEN/A. SCHOTT (wie Anm. 67), S. 23.

105 K. CARSTENS (wie Anm. 2), S. 377.

106 Rolf ZUNDEL, *Dramaturgie eines Skandals. Der Fall Gerstenmaier*, in: *Die Zeit* v. 31.1.1969.

107 Manuskript dieses Gesprächs: BPA, Abteilung Nachrichten, in meinem Besitz.

108 Beim Studium der Werke von H. KNABE, insbes. *Stasi und die Westmedien* (wie Anm. 59, S. 20, 32, 102 u. 253) sind mir Zweifel gekommen, ob Günter Gauss der Richtige war, die Wahrheit zu verbreiten: »Günter Gauss entwickelte ein in hohem Maße affirmatives Verhältnis zur SED-Diktatur.« Und zeichnete sich später durch »beschönigende Beschreibungen der DDR-Wirklichkeit« aus.

reif zum Abschluss.« So war die Meinungsbildung in vielen Redaktionen.¹⁰⁹ Die von der »DDR ausgestreuten Verdächtigungen« und nicht »zuletzt sein dezidierter Antikommunismus« brachten ihn zu Fall.¹¹⁰

Gerstenmaiers Abschied

Am 23. Januar 1969 zog Gerstenmaier die Konsequenzen und teilte seinem Vertreter im Amt, Bundestagsvizepräsident Erwin Schoettle, mit, dass er mit Wirkung vom 31. Januar 1969 sein Amt als Bundestagspräsident niederlegen werde. Auch die für ihn und über sein Verhalten während der Nazi-Zeit positiven Ergebnisse von Untersuchungen der CDU durch den ehemaligen Generalbundesanwalt Max Güde¹¹¹ und der SPD-Fraktion durch Martin Hirsch¹¹², Fritz Sänger¹¹³ und Kurt Gscheidle¹¹⁴ konnten ihn nicht von seinem Entschluss abbringen.¹¹⁵

Fritz Sänger, damals SPD-MdB und vorher Chefredakteur der Deutschen Presseagentur, stellte am Tage der Rücktrittserklärung von Gerstenmaier fest: »Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages haben Gerstenmaier bestätigt, dass er weder das Gesetz verletzt, noch versucht hat dies zu tun, dass er sich nicht bereichert hat, sondern beantragt und entgegennahm, was das Gesetz ihm zustand. Von rechtlicher Ausgangsbasis ist ihm kein Vorwurf gemacht worden.«¹¹⁶ Helmut Schmidt (damals Fraktionsvorsitzender der SPD) hatte sich zuvor »nobel und fair« hinter den Bundestagspräsidenten gestellt. Durch die präzise begründete Einstellung des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft 1974 wurden die Erklärungen der Fraktionen von Januar 1969 überzeugend bestätigt.

109 Insbes.: *Der Spiegel* v. 20. u. 27.1.1969. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages (RegDir Helmut Brinkers) riet damals in einem Gutachten zu Recht von einem gerichtlichen Vorgehen gegen den »Spiegel« ab.

110 M. STICKLER (wie Anm. 100), S. 248.

111 Güde, Max (1902–1984), Staatsanwalt und Richter, Bundesanwalt und von 1956–1961 Generalbundesanwalt, MdB 1961–1969.

112 Hirsch, Martin (1913–1992), Rechtsanwalt, MdL Bayern 1961–1969, MdB 1961–1971, dann Bundesverfassungsrichter bis 1978.

113 Sänger, Fritz (1901–1984), Lehrer, Redakteur, zuletzt Chefredakteur der Deutschen Presseagentur dpa, Mitglied des Kuratoriums »20. Juli 1944«, MdB 1961–1969.

114 Gscheidle, Kurt (geb. 1924), Feinmechaniker, Gewerkschaftler, MdB 1961–1969 u. 1976–1980, Staatssekretär, Bundesminister.

115 *Der Bayernkurier* v. 1.2.1969 (Heinz VIELAIN) brachte es damals schon auf den Punkt: »Ein perfekter Rufmord!« Er zitiert Max Güde, der von »Lynchjustiz« gesprochen habe.

116 SPD-Pressedienst v. 24.1.1969. Siehe auch Martin HIRSCH, in: *Abendzeitung* v. 31.1.1969. Vgl. Andrea SCHNEIDER, *Die Kunst des Kompromisses: Helmut Schmidt und die Große Koalition*, Paderborn 1999, S. 245. Sie lässt aber eine kritische Analyse der Hintergründe von Gerstenmaiers Rücktritt und eine Würdigung seines Widerstandes gegen Hitler leider vermessen und kommt zu leichtfertigen Schlussfolgerungen. Sie hat frei zugängliche Schriften nicht ausgewertet.

Dass Eugen Gerstenmaier mit erneuten und weiteren Angriffen der kommunistischen Brunnen-Vergifter im Ministerium für Staatssicherheit in Ostberlin hätte rechnen müssen, habe ich belegt gefunden: Bei der Stasi waren weitere Dokumente aus seiner Studentenzeit, über seine Habilitation, über seine Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt der Evangelischen Kirche, über seine politische Tätigkeit in der Bundesrepublik nach dem Krieg und vieles mehr gesammelt worden, die für eine neue Kampagne aus Dichtung und Wahrheit zusammengefälscht worden wären. Diese sogenannte »Dokumentation über die Tätigkeit Gerstenmaiers bei der Verwirklichung der Kriegsziele Hitler-Deutschlands und im Rahmen der neonazistischen und revanchistischen Entwicklung in Westdeutschland« – so der beabsichtigte Titel – war fertig ausgearbeitet und umfasste 537 DIN A4-Schreibmaschinenseiten.¹¹⁷ Bei der Durchsicht dieses Machwerks stellte ich bald fest, dass frühere Dokumente mit anderen Worten, aber mit der gleichen verleumderischen Tendenz aufbereitet worden waren. Allein die Gliederung für dieses Gemisch aus Fälschung, Verfälschung und Unterstellungen ist fünf Seiten lang. Die Stasi hätte innerhalb kürzester Frist erneut zuschlagen können.

Die »Fälscherwerkstatt« mit ihrem »Desinformationsapparat« und der »Destruktionsarbeit« der Stasi¹¹⁸ war in der Lage Gerstenmaier weiter zu diskreditieren, zu verleumden und schließlich politisch zu vernichten, wie es der kommunistischen Agitation mit Hilfe willfähriger Presseorgane (insbesondere in Nannens »Stern«) mit Heinrich Lübke gelungen war¹¹⁹ und wie sie es mit anderen über Jahre versucht hat.¹²⁰ Die Spionage- und Agitationszentrale von Markus Wolf hat auch Willy Brandt zum Rücktritt als Bundeskanzler gezwungen.¹²¹

Gerstenmaier ist durch seinen Rücktritt am 31. Januar 1969 vieles Weitere erspart geblieben. Die Hetze aus Ostberlin wäre weitergegangen, Helfershelfer im Westen hätten leichtfertig und gerne mitgemacht. Gerstenmaier, der zum engeren Kreis der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 gegen den National-

117 BStU-MfS-HA IX/11, AV 14/87, Ordner 12.

118 Bezeichnungen von ehemaligen Stasi-Offizieren G. BOHNSACK/H. BREHMER (wie Anm. 97), S. 15, 28, 31 u. 46.

119 Hier ist besonders auf die Forschungsergebnisse von Rudolf MORSEY, *Heinrich Lübke – Eine politische Biographie*, Paderborn 1996, S. 540ff., zu verweisen.

120 H. KNABE, *Republik* (wie Anm. 16), S. 153 u. 175 und *Stasi und Westmedien* (wie Anm. 59) passim; vgl. auch Heike AMOS, *Die Westpolitik der SED 1948–61*, Berlin 1999, S. 215ff. Über die gnadenlose Kampagne der DDR-Dienststellen gegen Prof. Dr. Dr. Theodor Oberländer, Bundesminister für Vertriebene von 1953–60, berichtet Philipp-Christian WACHS, *Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte*, Frankfurt 2000. Darin wird im wesentlichen bestätigt, was schon Kurt ZIESEL, *Der rote Rufmord*, Tübingen 1961, über die Machenschaft der kommunistischen Machthaber in der DDR und ihre »publizistischen Handlanger« im Westen aufgedeckt hat.

121 C. ANDREW/W. MITROCHIN (wie Anm. 79), S. 545f.

sozialismus gehörte, und der ein entschiedener Kämpfer gegen den Kommunismus war, ist den kommunistischen Agitatoren und ihren Gehilfen im Westen zum Opfer gefallen«. ¹²²

¹²² Vgl. K. HILDEBRAND (wie Anm. 57), S. 387f.; M. STICKLER (wie Anm. 100), S. 249: »War man (in der CDU) erleichtert, den Mahner loszuwerden?«